Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 30 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7205.

Nr. 28. Mittwoch den 3 Februar 1897. 8. Jahrg.

Tagesgeschichte.

Reichstag und Konvent. Die Wirtschaft, wie sie jetzt im Reichstage getrieben wird, so soll Herr v. Miquel nach der Köln. Volksztg. gesagt haben, sei nicht mehr Sache eines deutschen Reichstags, sie führe zum Konvent. Herr v. Miquel, so bemerkt das genannte Blatt, scheint sich also jetzt vor einem Konvent mehr zu fürchten, als in seiner Jugend. Die Aeußerung bezieht sich auf die Beschlüsse der Budgetkommission. Das Heitere bei der Sache ist, daß beide Beschlüsse von sämtlichen Nationalliberalen der Budgetkommission unterstützt worden sind. Also auch die Nationalliberalen treiben zum Konvent. Dann freilich muß das Reich zu Grunde gehen, es sei denn, daß Herr v. Miquel selber Reichskanzler wird. Nach seiner Standeserhöhung steht dem ja weniger entgegen als vorher.

Die Verkommenheit der liberalen Presse zeigt wieder einmal das Leipziger Tageblatt, das in einer Betrachtung über den Hamburger Streik zur Vernichtung des Koalitionsrechts hetzt. „Die strafrechtlichen Begriffe von Nötigung und Erpressung," schreibt das Organ für Arbeiterausbeutung, „werden zwar durch den sozialistischen Terrorismus unserer Ansicht nach erfüllt, aber es finden sich doch nur wenig Gerichte, die gegebenenfalls danach verfahren. Es bedarf eines besonderen Gesetzes, das den Boykott und den Zwang von seiten der sozialdemokratischen Streiker unter schwere Strafe stellt . . . Wir erwarten, daß die Regierung auf Grund der in Hamburg gemachten Erfahrungen nicht länger mehr zögert, den legislativen Körperschaften eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten."

Den Höhepunkt seiner Unterdrückungssucht offenbart das äußerst saubere Unternehmerblatt in derselben Nummer in einer Denunziation der Eisenbahnerorganisation als „Geheimbund". Und dieses Jammerblatt nennt sich liberal!

Kaisertum und Sozialdemokratie hieß das Thema, welches Pfarrer Naumann in Berlin in einer nationalsozialen Versammlung, die zu vier Fünfteln von Sozialdemokraten besucht war, behandelte. Seine Ausführungen fanden jedoch nur wenig Beifall. Auf die Aufforderung, „nun mitzuarbeiten an dem Werke der National Sozialen", hatte Gen. Waldeck Manasse nur Hohn und Spott. Was Naumann für seinen König in Anspruch nehme, so äußerte Redner „im Namen der Sozialdemokratie", das nehme die Sozialdemokratie gegen seinen König in Anspruch. Ob der Mann, der angeblich das Reich gegründet habe, Bismarck, Lehmann oder Schulze heiße, sei ganz gleich (Unruhe und stürmischer Beifall.) Ein Glück sei es, daß das Volk diesen Bismarck noch in seiner Kleinheit gesehen habe. Wegen der Frage der Monarchie oder Republik mache sich seine, des Redners, Partei keine besondere Sorge. Ein zukünftiger Krieg werde vielleicht diese Angelegenheit auch ohne ihre Mitwirkung ins Reine bringen. Frau Köhn erklärte: Pfarrer Naumann solle in christlichen und konservativen Kreisen den Sozialismus predigen. Dort sei es nötiger, als im sozialdemokratischen Osten Berlins. Gymnasiallehrer Dr. Jordan meinte, daß er bei dem Pfarrer Naumann ebenso die Reformgedanken und wahres Christentum vermisse, wie bei dem Hofprediger Stöcker. Genosse Engler gab Pfarrer Naumann die Versicherung, daß jeder seiner Parteigenossen heute mit der Empfindung zu Hause gehen werde: „Nun will ich erst recht fest an der Sozialdemokratie halten."

Soldaten-Selbstmord. Am Sonnabend vormittags erschoß sich in einem Hause an der Adamstraße in München ein Offiziersbedienter mit seinem Dienstgewehr.

Amtliche Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die amtliche Klassifikation der deutschen Staatsbürger in sozialistische und nichtsozialistische scheint seitens der Polizeibehörden mehr und mehr in Anwendung zu kommen. Vor uns liegt, so schreibt die Mannheimer Volksstimme, ein von einer preußischen Verwaltungsbehörde (Amt Bilstein, Kreis Olpe, Westfalen) ausgefertigtes „Führungs-Attest". Dasselbe repräsentiert sich als amtliches Impressenformular und ist, mit Ausnahme der einzufügenden Personalangaben des Inhabers, auf dem Wege der Vervielfältigung mittels Buchdrucks hergestellt. Das interessante Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Stempel.

Führungs-Attest.

Dem am . . . . . zu Bilstein geborenen . . . . . , welcher sich vom . . . 18 . . bis zum Jahre 18 . . hier aufgehalten hat, wird auf sein Ersuchen obrigkeitlich bescheinigt, daß über ihn Nachteiliges hier nicht bekannt geworden ist, sowie, daß derselbe soviel hier bekannt, sozialdemokratischen Bestrebungen sich nicht hingegeben hat.

Bilstein, den . . ten . . . . 18 . .

Der Amtmann:
(Unterschrift absolut unleserlich.)

Siegel
Amt Bilstein.

Daß ein solch' ekelerregender Ueberwachungsdienst der Polizeiorgane dem elendesten Denunziantentum Thür und Thor öffnet, können sich unsere Leser wohl selbst denken. Die nächsten Reichstagswahlen werden den maßgebenden Stellen die Quittung darüber ausstellen, wie weit sie mit diesen wahrhaft lächerlich kleinlichen Mitteln in der Bekämpfung der Sozialdemokratie kommen.

„Freisinnige" Sozialpolitik treibt der „freisinnige" Magistrat von Nürnberg. Dort besteht ein städtischer Arbeitsnachweis, dessen Ausschußmitglieder vom Stande der Arbeitnehmer beantragt hatten, das Statut unter anderem auch dahin abzuändern, daß ein sogenannter Streik-Paragraph angefügt wird, d. h. daß, sobald ein Streik ausbricht und so lange derselbe dauert, die Arbeitsnachweisestelle den Beteiligten nicht zugänglich gemacht werden solle. Dieser Antrag wurde im Ausschuß mit 9 gegen 4 Stimmen, die von den Mitgliedern aus dem Stande der Arbeitnehmer abgegeben wurden, abgelehnt, dagegen ein sogenannter Vermittlungs Vorschlag mit großer Majorität zum Beschluß erhoben, der dahin ging, daß, gleich wie in dem Statut für die städtische Arbeitsnachweisestelle in Würzburg bei einem ausbrechenden Streik die Beteiligten aufgefordert werden sollen, die Streitsache vor ein Einigungsamt zu bringen und falls die Beteiligten darauf nicht eingehen oder ein Ausgleich nicht zu stande kommt, der Ausschuß für die Arbeitsnachweisestelle beraten und beschließen solle, ob dann die Arbeitsnachweisestelle für die streikenden Parteien zu schließen sei oder nicht.

Diesen Vermittlungsvorschlag bekämpfte in der Magistratssitzung namentlich der Bürgermeister Dr. v. Schuh: „Der Antrag hört sich so unschuldig an, kommen Sie aber auf die rechte Spur, so werden Sie finden, daß Sie in eine Falle geraten, sobald Sie anfangen, in ein politisches Garn zu gehen. Die allermeisten Streiks stehen unter dem Druck der politischen Parteien, und es ist gar nicht einzusehen, da Sie doch die Arbeitsnachweisestelle von allem Parteigetriebe fern halten wollen, warum eines Streiks wegen diese Stelle ihre Thätigkeit einstellen solle. Die städtische Arbeitsnachweisestelle ist ja doch nur wegen der Arbeiter gegründet worden, und wenn diese Einrichtung einigen Herren nicht gefällt, so haben Sie erst recht Veranlassung, diesen sogenannten Vermittlungsantrag von vorherein mit aller Entschiedenheit abzulehnen."

Der Vermittlungsantrag wurde mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt!!

Das ist um so mehr von Bedeutung, als auf Wunsch der Regierung die Nürnberger Arbeitsnachweisestelle für einen namhaften Teil des Königreichs funktionieren soll, wodurch die betreffenden Unternehmer bei einem Streik sich von allen Seiten ohne einen Pfennig Auslage Streikbrecher kommen lassen können. Das Bezeichnendste ist aber, daß nicht einmal die, man möchte beinahe sagen äußerst harmlose Bestimmung des Würzburger Statuts, welche die aus „Liberalen" und Ultramontanen zusammengesetzten gemeindlichen Kollegien Würzburgs angenommen haben, Gnade vor den Augen der „freisinnigen" Stadtväter Nürnbergs gefunden hat. Daß sie damit, wie Rat Tauber zutreffend bemerkte, nicht einmal der Möglichkeit eines friedlichen Ausgleiches eines Streiks die Wege bahnen wollen, beweist zur Evidenz, daß diese Herren damit ganz auf dem protzenhaft arbeiterfeindlichen und zugleich kurzsichtigen Standpunkt des Hamburger oder des Weißenfelser Arbeitgeberverbandes stehen.

Die Stimme der Angst tönt aus dem Hirtenbriefe, den der Generalsuperintendent Dr. Ruperti in Kiel jüngst veröffentlichte. In Bezug auf Holstein heißt es:

„Mit großer Sorge sehe ich auf die sozialistische Strömung hin, die in unserer Zeit auch durch die Kreise der Geistlichkeit geht, besonders der jüngeren unter ihnen. Gewiß, wir lutherischen Pastoren sind alle Sozialisten. In seinem Amte ist dem Pastor ja alle Not Leibes und der Seele, die er sieht, auf sein Gewissen gebunden. Er ist der geborene Freund und Berater, Helfer und Tröster in seiner Gemeinde. Aber das ist dem modernen Sozialisten nicht genug. Die Pastoren wollen große Politik treiben für neue Ordnung der Steuern, des Wahlrechts ꝛc. agitieren. Partei für einen besonderen Stand ergreifen. Meine Brüder, ich sehe in diesem Treiben eine große Gefahr für unsere Kirche! Uns Pastoren fehlt für solche sozialistische Agitation die Zeit, die Kraft, das Recht."

Welche Bescheidenheit über Nacht! Sonst können ja die protestantischen Pastoren so ziemlich alles, mehr noch fast als die Juristen. Jetzt auf einmal haben sie nicht die Zeit, die Kraft, das Recht, sich mit einer Sache zu beschäftigen, die die ganze Welt bewegt.

Die Moral der Oberen und Obersten, die dem Volke Moral predigen und es mit Gewalt und Polizei „sittlich" machen wollen, ist von jeher eine sehr merkwürdige gewesen — seit einiger Zeit aber bethätigt sie sich so drastisch, daß auch dem Blödesten die Schuppen von den Augen abfallen müssen. Man nehme nur die Skandalchronik der letzten Wochen.

1. Eine Tochter des Königs von Gottes — leider nicht Volkes — Gnaden Don Carlos von Spanien brennt mit einem verheirateten Maler durch. 2. Eine Tochter des belgischen Musterkönigs Leopold, Frau eines Fürsten von Koburg-Koharz und Schwägerin der Witwe des auf Ehebruch ertappten und von dem beleidigten Mann erschossenen östreichischen Ex-Thronfolgers Rudolf wie des Fürsten von Bulgarien, ist mit einem Husaren-Offizier durchgebrannt. 3. Prinzessin Chimay, Tochter eines frommen amerikanischen Millionärs und Frau eines französischen Fürsten mit indigoblauem Blut, ist mit einem Zigeuner durchgebrannt, und wurde vor einigen Tagen aus Brüssel ausgewiesen, weil sie mit ihrem Liebhaber allzu öffentlich Adam und Eva spielte. Das ist eine ganz hübsche Blumenlese. Und um sie zu vervollständigen, sei noch der Fall des Grafen Bernstorff erwähnt, der einer berüchtigten D—ame die Ehe versprach, und zwar auf Kavaliersehre, sein Kavalierswort aber brach, und zwar unter dem Einfluß der gräflichen Familie, welche, wie ein Bruder des Grafen in einer „Erklärung" darlegt, „die Einlösung des — — gegebenen Versprechens" zu hintertreiben sich verpflichtet hielt. Wir erfahren auf diese Weise, daß ein Kavalierwort auch in den höchsten Kreisen der Kavaliere nur dann Giltigkeit hat, wenn „die Einlösung" den Herren paßt.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Mülhausen i. E. eine Frau zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Nützliche mit dem „Patriotismus" zu verbinden wußten diejenigen, welche im Kleve Kreisblatt folgende Annonce veröffentlichten:

Casino Schneppenbaum.
Mittwoch den 27. d. M. abends 6 Uhr
Versammlung.
Bestellung auf Kunstdünger.
Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs.

Ausland.

Oestreich. Hüben wie drüben. Behufs Anschaffung von Schnellfeuerkanonen ist eine ganz bedeutende Erhöhung des Militärbudgets vorgeschlagen.

Frankreich. Streiks im Jahre 1896. Nach einer vorläufigen Statistik haben im Vorjahre in Frankreich 465 Streiks stattgefunden, an denen 52500 Arbeiter beteiligt waren. Die entsprechenden Zahlen für die letzten drei Jahre sind: 1893 634 Streiks mit 170123 Streikenden; 1894 391 und 54576; 1895 405 und 45801. Abgesehen vom Jahre 1893, in das der große nordfranzösische Bergarbeiter-Ausstand fallt, weist demnach die Streikbewegung im abgelaufenen Jahre eine Steigerung auf. Daß diese so gering ist, erklärt sich aus der Thatsache, daß Frankreich verhältnismäßig vom allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung nur in sehr bescheidenem Maße profitiert hat. Die französische Gesamteinfuhr ist nämlich 1896 gegenüber den Vorjahren bloß um rund 17 Millionen und die Gesamtausfuhr bloß um rund 31 Millionen gestiegen. — Auf die 465 Streiks des abgelaufenen Jahres kommen 102 Einigungsversuche, die, wie immer, meist von den Arbeitern herrühren. 1893 zählte man 109, 1894 101, 1895 85 Einigungsversuche. Der Einfluß des Schiedsgerichtsgesetzes von 1892 bleibt demnach so gut wie stationär, was auf die statistisch nachgewiesene protzenhafte Haltung der Unternehmer zurückzuführen ist.

Rußland. Trotz aller Dementis erhält sich das Gerücht von einer Erkrankung des Zaren. Und zwar soll es sich nicht um die alte Beinwunde, sondern um „epileptische" Anfälle handeln.

Amerika. Einwanderungsverbot gegen Analphabeten. Das amerikanische Repräsentantenhaus in Washington hat die Einwanderungsbill, durch welche allen Analphabeten die Landung in den Vereinigten Staaten verweigert wird, angenommen. Nach derselben sind alle Personen über sechzehn Jahre alt, welche die eigene Muttersprache oder eine andere Sprache nicht lesen oder schreiben können, von der Landung ausgeschlossen. Aber ein zulässiger Einwanderer, der über sechzehn Jahre alt ist, mag seine Ehefrau, seinen Vater, Großvater, unmündige Kinder oder Enkel mitbringen oder kommen lassen, selbst wenn diese nicht im stande sind, zu lesen oder zu schreiben. Zur Landung nicht Zugelassene werden auf Kosten der Dampfer, welche sie gebracht, zurückgesandt. Man nimmt an, daß durch diese Bill der dritte Teil der gegenwärtigen Einwanderung ausgeschlossen werde, doch könnten dadurch Deutsche nur wenig betroffen werden, da sich unter 66214 Analphabeten, die im Fiskaljahre 1895/96 in den Vereinigten Staaten einwanderten, nur 410 Deutsche befanden auf 24230 Einwanderer aus Deutschland.

Polizeiliches und Gerichtliches

§ Eine neue Illustration zu den unleidlichen Zuständen auf dem Gebiete des Vereins und Versammlungsrechts bietet ein Vorkommnis in dem schlesischen Dorfe Moys. Aus Görlitz wird darüber geschrieben: Auf Wunsch einiger Arbeiter in Moys war dort von Arbeiterbeisitzern des Görlitzer Gewerbe-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970203-15/fragment/page=0001

gerichts eine Volksversammlung mit dem Thema: „Zweck und Nutzen der Gewerbe-Gerichte" einberufen worden, um für den industriell im Aufschwung begriffenen Ort die Notwendigkeit eines Gewerbegerichts resp. dessen Anschluß an dasjenige der Stadt Görlitz darzuthun. Obwohl die Versammlung rechtzeitig angemeldet war, hatte der Einberufer eine Bescheinigung nicht erhalten, und als er, im Bewußtsein, dem Gesetz genügt zu haben, dieselbe eröffnete, erfolgte erst eine lange Auseinandersetzung mit dem Ortsgewaltigen. Durch den Mund der anwesenden Gendarmen ließ derselbe mitteilen, daß er die Versammlung als eine Vereinsversammlung ansehe und gemäß § 8 des Vereinsgesetzes die Entfernung der Frauen und jugendlichen Personen fordere. Der dagegen erhobene Protest blieb unbeachtet und um 9 Uhr der Versammlung nicht ganz zu verteilen, mußte dem Verlangen entsprochen werden. — Man bedenke, Einberufer und Referent, Mitglieder des Gewerbe-Gerichts, einer kraft des Gesetzes bestehenden Institution, an welcher die Frauen doch das gleiche Interesse haben, werden hier zu einem „Verein" konstruiert, um die Entfernung der Frauen zu begründen.

§ Wegen Postdefraudation wurde Genosse Geck in Offenburg zu 2489.40 Mk. und 11 Genossen zu 70—468 Mk. Strafe verurteilt. Das Reichsgericht verwarf die gegen das Urteil eingelegte Revision.

Parteinachrichten.

— Die Agitationstour Liebknechts in Holland ist programmmäßig verlaufen. Den Versammlungen in Delft und Amsterdam folgte am Mittwoch ein geselliges Zusammensein mit den Genossen aus Utrecht und den Nachbarstädten und am Donnerstag, Freitag und Sonnabend hielt Liebknecht Vorträge in Utrecht, Leyden und Groningen. Der Besuch war überall sehr gut und die Aufnahme sehr sympathisch. In Groningen dankte der Rektor der Universität, Professor Hamel Liebknecht für dessen Vortrag. Durch den Vortragszyklus ist bereits die Möglichkeit gegeben, daß in Städten, wo bisher sozialdemokratische Referenten nicht aufgetreten sind, Volksversammlungen zur Diskussion unseres Programms abgehalten werden können. Die Stimmung in Holland ist der sozialdemokratischen Partei recht günstig, und so mangelhaft das neue Wahlgesetz ist, so glauben unsere Genossen doch, bei den nächsten Wahlen — im Juni — einige Sitze erobern zu können. Die Thätigkeit der Nieuwenhuisschen (anarchistischen) Richtung gegen Liebknecht beschränkte sich darauf, daß sie in Amsterdam nach der Versammlung ein Schimpfflugblatt heimlich verteilten, in welchem Liebknecht ein alter Schuft genannt wird — eine Liebenswürdigkeit, die aber anscheinend so wenig gefiel, daß die tapferen Musterrevolutionäre schleunigst verdufteten.

— Genosse Singer in Berlin war in den letzten Tagen bedenklich an der Lungenentzündung erkrankt, so daß der Arzt ihm jede aufreibende Thätigkeit verbieten mußte. Wie jedoch verlautet, hat sich das Befinden des Kranken seit Sonntag erheblich gebessert.

Zur Arbeiterbewegung.

Achtung!

An alle lokalorganisierten, auf Grund des Vertrauensmännersystems zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands.

Die Vertreter der oben genannten Gewerkschaften Berlins haben in einer am 15. Januar d. J. stattgehabten Konferenz beschlossen, spätens Anfang Mai dieses Jahres einen Kongreß für die oben genannten Gewerkschaften Deutschlands einzuberufen. Die Versammlung am 15. Januar war der Ansicht, daß ein Zusammenschluß obiger Gewerkschaften unter allen Umständen erfolgen wird, um aus den vielen kleinen und großen, nicht an der Generalkommission Deutschlands angeschlossenen Gewerkschaften ein großes Ganzes zu bilden. Parteigenossen! Zu diesem Behufe soll der Kongreß in einem Orte Mitteldeutschlands zusammenberufen werden, damit es auch den am äußersten Ende Deutschlands wohnenden Genossen möglich gemacht ist, sich auf diesem Kongreß vertreten zu lassen. Als Tagesordnung des Kongresses ist vorläufig folgendes festgesetzt:

1. Die Stellung der Gewerkschaften zur Politik.
2. Der Zusammenschluß der lokalorganisierten oder auf Grund des Vertrauensmänner-Systems zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands.
3. Die Presse.
4. Agitation.
5. Anträge.

Parteigenossen! Dies die provisorische Tagesordnung. Die jenigen Gewerkschaften, welche noch Anträge zum Kongreß zu stellen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben bis spätestens 15. März d. J. behufs Veröffentlichung, an den Unterzeichneten einzusenden. Später einlaufende Anträge können nicht berücksichtigt werden. Also auf zum Kongreß, auf zur Einigung sämtlicher Gewerkschaften Deutschlands! Nur dadurch, daß sich allesamt dem einen oder dem anderen anschließen, kann der Feind unter uns sowie unsere Kraft und Widerstandsfähigkeit gegenüber unseren Ausbeutern gefördert werden.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Kommission der lokalorganisierten Gewerkschaften Berlins.

J. A.: C. Blaurock, Gipsstraße 16.

— **Zum Kongreß der Steinarbeiter**, die in Hof i. B. am 24. Januar stattgefunden hat und über dessen Verhandlungen wir in gestriger Nummer berichteten, wird uns mitgeteilt, daß nicht beschlossen worden ist, wer nicht zum Streikfonds steuere, erhalte keine Reiseunterstützung, sondern es müsse heißen: Wer nicht die Karte über die Lohnstatistik aufzuweisen hat, erhält keine Reiseunterstützung.

Der Streik in Hamburg.

— Der Stand des Streiks ist seit Sonnabend unverändert. Die Hafenarbeit ist infolge des anhaltenden Schneewetters unbedeutend. Ein Abfall Streikender ist nicht zu bemerken. In den Versammlungen vom Montag wurde mitgeteilt. Dienstag fänden die Auszahlungen der Streikgelder statt, deren Höhe unbekannt sei und alsdann wurde festgestellt werden. Bei den Mietestreiks am Montag waren überaus viele kleine Mieter rücksichtsvoll die Hausbesitzer aber größtenteils geneigt Aufstand zu gewähren. Ein energisches Vorgehen würde die Not der Eigentümer nur vergrößern, weil dann die Wohnungen leerstehen würden. Auf den Dampfer „Reichstag" sind 150 Arbeitswillige einkogiert. Der frühere Dampfer ist geräumt.

In den Hamburger Nachrichten vom 30. Januar befindet sich in der Rubrik Vaterstädtische Blätter folgendes Eingesandt:

Zum 1. Februar 1897.

Anscheinend herrscht der Irrtum, daß Streikende, welche wegen Nichtzahlung der Miete ausgesetzt werden, berechtigt seien, von der Polizei Verwaltung die Zuweisung eines Unterkommens zu beanspruchen, und trotzdem ungehindert weiter zu streiken. Demgegenüber möchte Einsender anregen, die Heranziehung des § 361 Nr. 7 und 8 des Str. G.-B. zu erwägen, wonach Haftstrafe eintritt gegen den aus öffentlichen Armenmitteln Unterstützten, der aus Arbeitsscheu die von der Behörde ihm zugewiesene Arbeit verweigert, oder gegen den, der keine Bemühungen anwendet, um sich ein anderes Unterkommen zu beschaffen.

Rechtsanwalt Schück-Altona.

Durch dieses Eingesandt hat sich der uns im übrigen unbekannte Rechtsanwalt Schück Altona ein großes Verdienst erworben. Was wir nur als Gerücht zu verzeichnen gewagt hatten, daß der scharfe Flügel des Hamburger Arbeitgeber-Verbandes auf den Hamburger Quartalstermin des 1. Februar spekuliere, das ist nunmehr vor aller Welt öffentlich dokumentiert. Jetzt weiß man, wer ein Interesse daran hatte, durch Hinzerren der Verhandlungen die schnellere Beendigung des Streiks unmöglich zu machen.

Der Wörmann Dampfer Melitta Bohlen ging am Montag mit etwa halber Ladung in See. Nicht weniger als 75 „Arbeitswillige" haben an dem Löschen und Laden des großen grauen Dampfers wochenlang gearbeitet, während sonst 12 ordentliche Hamburger Hafenarbeiter dieselbe Arbeit oder vielmehr das Löschen und die ganze Ladung in wenigen Tagen schaffen. Trotzdem die Melitta Bohlen, wie gesagt, lange nicht vollständige Ladung an Bord hat, geht sie in See, um allzu große Verluste zu vermeiden. Auch an diesem Beispiel sieht man wieder, was es heißen will, wenn bürgerliche Blätter meinen, der Ausstand habe keine Bedeutung mehr, oder gar, er sei zu Ende.

Für die Hafenarbeiter hat bis jetzt die Leipziger Arbeiterschaft insgesamt 50000 Mk. aufgebracht.

Die Aussperrung der 2500 Schuhmacher in Weißenfels.

2. Februar.

Auf krumme Wege sind die Fabrikanten gewiesen, da sie nicht mit männlichem Freimute den geraden Weg zur Verständigung finden. So schickte der Fabrikant F. M Bach einen seiner Streikbrecher zu einem dem Gewerkverein angehörigen Zwicker und ließ ihm sagen, er solle doch zu Hause zwicken. Bach wolle ihm die Arbeit ins Haus schicken und die fertige Ware auch von dort wieder abholen lassen, dann käme der Zwicker nicht in den Verdacht, Streikbrecher zu sein. Da aber der Hauswirt des Zwickers erklärte, er dulde nicht, daß in seinem Hause gewickt würde, wurde der schöne Plan vereitelt.

Seit Montag ist die Situation verschärft. Die wenigen, die sich als Streikbrecher gefunden haben, thaten es zumeist wegen ihrer Familienverhältnisse. Welche Stimmung gegen sie in den Kreisen der Streikenden herrscht, kann man sich denken. Daß vor jede Fabrik am Montag früh ein Gendarmerieposten aufgestellt war, hat furchtbare Erbitterung unter den Arbeitern hervor gerufen; aber die Arbeiter bezwingen sich und behalten die musterhafte Ruhe bei, durch die sie sich bisher schon ausgezeichnet haben.

Die Fabrikanten wissen weder ein noch aus. Gestern (Montag) haben wieder mehrere von ihnen gewünscht, die Generalstreikkommission möge mit ihnen unterhandeln. Es herrscht unter ihnen eine Zerfahrenheit sondergleichen. Herr E. Blasig läßt sich Depeschen über Depeschen schicken, um zu beweisen, daß er Zwickmaschinen bestellt habe oder daß sie gar schon unterwegs seien. Der Fabrikant Arland ist dagegen unter gewissen Bedingungen bereit, wieder mit der Zentralstreikkommission zu verhandeln.

Eine ganze Anzahl von Streikbrechern hat am Montag abend die Arbeit wieder niedergelegt, da sie gesehen haben, wie wenige ihrer Kollegen den Lockungen der Fabrikanten nach den „geöffneten Fabriktoren" gefolgt sind. Selbstverständlich wird auch von denen, die vor Beilegung des Streiks die Arbeit wieder aufnahmen, die Rückzahlung der ihnen zu teil gewordenen Unterstützung gefordert werden. Das war von vornherein vereinbart worden.

Freibier gab es am Sonntag im Bureau der Fabrikanten, Nikolaistr. 50, für alle die, welche sich zur Arbeit meldeten. Mancher hat freilich Freibier getrunken und ist trotzdem nicht zur Arbeit gegangen. — Diese Bibelwichte!

Ein neuer Zwicker. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß dem Redakteur des Kreisblattes, der so unendlich ungeschickt und einfältig den Zeitungskampf geführt hat, gekündigt worden sei. Hoffentlich läßt er sich nun bei einem seiner Schutzpatrone Blasig oder Seiler, als Zwicker anlernen für 30 Mk. wöchentlich!

Mit Streikbrechern mag Herr M. Seiler nichts zu thun haben, sondern nur seine alten Leute will er wieder einstellen. Er weiß wohl warum. Er ist auch willens, diesieben Löhne zu zahlen wie seine Brüder. Das würden mit die besten am Orte sein. Also auch hier Unklarheit, Verworrenheit, Zielsicherheit, denn auch Herr M. Seiler hat den Aufruf mit unterschrieben, durch welchen die Fabrikanten sich erboten, jeden sich Meldenden anzulernen. Vielleicht hat nachstehender Brief, den Herr M. Seiler von einem Grossisten erhielt, seine plötzliche Sinnesänderung mit bewirkt:

„Wir bitten Sie, uns unumwunden und ganz offen mitzuteilen, wer denn eigentlich an dem Streik am dortigen Platze schuld ist. Unserer Meinung nach können doch nur die Fabrikanten schuld sein, denn wenn die Blasigschen Arbeiter streiken, haben doch die übrigen Fabrikanten **wohl keine Veranlassung, ihren Arbeitern zu kündigen.** Wenn die übrigen Fabrikanten sich mit Herrn Blasig so solidarisch erklären, mögen Sie auch die Konsequenz davon tragen. Wir haben schon mit verschiedenen Fabrikanten korrespondiert und ihnen geschrieben, daß wir uns kein Lariari vormachen lassen und haben schon wiederholt **mit Klage gedroht**, indem wir entschieden auf Lieferung bestehen.

Wir bitten also, uns ganz unumwunden und offen die Verhältnisse mitzuteilen."

Die erste Niederlage haben die Fabrikanten in ihren Erklärungen am Sonnabend ganz unumwunden zugegeben. Die Herren verkündeten bei Beginn der Bewegung, daß wenn die Blasigschen Zwicker nicht innerhalb 3 Tagen ihre Arbeit aufnehmen, sie die Massenaussperrung in Szene setzen würden. Das haben die Herren gethan. Und heute? Nun die Blasigschen Zwicker haben immer noch nicht die Arbeit aufgenommen, aber die Herren Fabrikanten haben ihre Fabrikthore geöffnet. Diese Thatsache, die einer Bankrotterklärung gleichkommt, verdient schon hervorgehoben zu werden; die gegnerische Presse, der an Verdrehungen und Entstellung von Thatsachen so leicht niemand gleichkommt, schweigt sich ganz darüber aus; wir aber wollen sie jetzt schon mit der Nase darauf stoßen.

Weißenfels gleicht seit Montag morgen einer Stadt, über die der Belagerungszustand verhängt ist. Polizisten und Gendarmen hielten an einzelnen Fabriken Posten, während die Herren Fabrikanten ihren Katzenjammer ruhig austoben lassen konnten. Die Arbeiter störten sie nicht in ihrem Berufe und so ging der vielgefürchtete Morgen ruhig in die Nachmittagsstunden hinein, ohne daß die Arbeiter die Arbeit aufgenommen hatten. In ganz wenigen Fabriken haben sich unorganisierte Leute dazu hergegeben. Streikbrecherdienste zu leisten. Die Zahl ist so gering, daß sie nichts zu bedeuten hat. Das Gros der Arbeiterschaft steht fest wie eine Mauer und ist beseelt von beispiellosem Mut; ihre ganze Haltung imponiert. Nur noch ein kurzes Ringen und mancher Fabrikant wird im stillen Kämmerlein ausrufen: „Gott bewahre mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden werde ich schon fertig."

Ein bürgerliches Urteil. Die Frankf. Ztg. berichtet in ihrer gestrigen Nummer über den Weißenfelser Streik und schreibt da u. a.:

In der vergangenen Woche schien es nun, daß der Weißenfelser Fabrikantenverein geneigt sei, mit den Arbeitern zu unterhandeln. Leider hat sich diese Annahme als trügerisch erwiesen, denn die bereits begonnenen Verhandlungen wurden ohne stichhaltigen Grund vom Fabrikantenverein abgebrochen. Die Lage der meisten Weißenfelser Schuhfabrikanten soll nun allerdings eine derartige sein, daß sie eine Lohnerhöhung nicht gut bewilligen können, ohne ihre eigene Existenz zu gefährden. Aber abgesehen davon, daß man hier die Frage stellen muß, ob Betriebe, die sich nur durch niedrige Arbeitslöhne konkurrenzfähig erhalten können, überhaupt existenzberechtigt sind, sollten die Weißenfelser Fabrikanten sich doch sagen, daß die Arbeiter ihre Forderungen am ehesten dann mit den Konjunkturen in Uebereinstimmung brächten, wenn ihnen auf dem Wege eingehender Verhandlungen die Unhaltbarkeit der Fabrikanten, diese Forderungen zu bewilligen, nachgewiesen würde. Ein solches Vorgehen empfiehlt der gesunde Menschenverstand. Wenn aber mit kapitalistischem Hochmut die Verhandlungen kurzer Hand abgewiesen werden, so ist das zwar geeignet, die Arbeiter zu erbittern, nicht aber, sie zu überzeugen. In dieser Hinsicht kann die Weißenfelser Schuhmacherbewegung als ein Seitenstück des Hamburger Streiks bezeichnet werden.

Hier hören die Fabrikanten aus dem Munde eines bürgerlichen Blattes ihr Urteil, und dieses Urteil fällt ebenso vernichtend aus, wie es vom sozialdemokratischen Standpunkte aus schon längst gefällt worden ist.

Fehler über Fehler begehen die Fabrikanten. Nachdem die Zentralkommission zu der Erklärung gezwungen gewesen ist, daß sie mit dem Fabrikantenverein nicht mehr verhandeln könne, so lange Herr M. Seiler den Vorsitz führt, hat sich dieser Herr Seiler an Genossen Bock nach Gotha gewendet und diesen um Fortsetzung der Verhandlungen ersucht. Selbstverständlich wird Genosse Bock nicht allein mit den Fabrikanten verhandeln.

Damit die Gewerkvereinler nicht durch die geringe Höhe der ihnen gezahlten Unterstützung zu Streikbrechern gezüchtet werden, soll die Höhe der Unterstützungsgelder einheitlich geregelt

---

4]

Ein moderner Zigeuner.

Von Ludwig Lessen.

Und dann hörte er es leise die Treppe hinaufstampfen, — leise mit sammetweichen Sohlen, — und zu ihm hineinschleichen im weißen Nachtgewand mit stahlgrauem Blick und flammelnden Lippen . . .

Und dann legte es sich über ihn, — eng ganz eng über ihn, — und er sog den Duft ihres Leibes, — ihres zitternden, blütenweichen Leibes . . .

Und dann wurde sie größer . . . immer größer! . . und preßte sich ihm auf Stirn und Brust, auf Mund und Augen, daß er laut und grell aufschreien mußte. —

Und dann war alles wieder verschwunden; . . . und er lag allein mit seiner zuckenden Angst in der stillen, saugenden Nacht; . . . und in den Fensternischen lag das Mondlicht zu großen, weißen, unförmlichen Klumpen geballt . . .

— „Vater! warum siehst Du immer nach einem Punkt hin?"

Keine Antwort!

„Vater! hast Du nicht die Sonne lieb?" —

„Ja! Wälti!"

„Du wolltest doch mit mir spielen!" — „Wollen wir uns nicht ein Stück Sonne verwahren für den Winter und für die Nacht, wenn es immer so dunkel und kalt ist?" — „Ich werde auf die Straße gehen und mir ein bißchen Sonnenschein fangen!" —

Da war auch schon der kleine Wildfang hinaus. —

Und er preßte den Kopf an die Scheiben, und wandte sich wild wieder um, und durchmaß mit großen Schritten den kleinen Raum . . .

III.

„Wo fahren wir hin, Vater?" —

„Zum Großvater und zur Großmutter nach der großen Stadt mit den hohen Häusern."

„Wie hoch sind denn die Häuser?"

„So hoch wie bei uns zu Haus der Kirchturm."

Er kannte diese unaufhörliche Art zu fragen bei den Kindern. Es war ihm lästig.

Wieder saß er nun in der Bahn.

Acht Jahre waren vergangen, seitdem er die Seinen nicht mehr gesehen hatte. —

Es sog ihn so auch die ganze Zeit nichts heimwärts.

In größeren oder kleineren Zeiträumen hatte er so immer Briefe empfangen, aus denen er ersehen konnte, wie es zu Hause stand . . .

Ob sich dort vieles verändert haben wird? —

Ach ja!

Die beiden Alten werden wohl schon ganz weiß geworden sein!

Und die Jungens — die Brüder — große, stämmige Menschen.

Einer von ihnen war ja wohl auch fortgegangen! —

Und er selbst! Wie hatte er sich verändert in den ganzen Jahren!

Er mit dem großen, ungeheuren Schmerz in der Brust, und dem scharfen Riß quer über das Gesicht, der sich zu einer Grimasse gegraben hatte! —

Er sieht schon den Vater mit der ewig unzufriedenen, gefalteten Stirn. —

Sie hatten ja niemals so recht zusammengestimmt!

Er, — sein Aeltester, — der sich mit seinem unruhigen Wesen durch alles hindurch studiert hatte. —

Freilich! ein biederer Ingenieur war er nicht geworden! auch kein Schriftsteller, wie sie alle befürchtet hatten.

Aber einer von denen, die ruhelos weiter und weiter ziehen, — heimatlos und vogelfrei! —

Um den Leuten zu zeigen, daß er doch zu etwas brauchbar sei, hatte er den Doktor der Philosophie gemacht. —

Narrheiten!

Glauben die Leute, daß ein staatlicher Fetzen Papier die geistige Unfähigkeit irgend eines Strohkopfes patentieren kann! —

Er hatte eigentlich niemals in seinen Briefen Toska und sein Kind erwähnt!

Was würden sie wohl zu dem unverhofften Enkel sagen? —

Wahrscheinlich die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen.

Der Vater ganz gewiß! —

Nun! eigentlich so ganz sittenstreng war er durchaus nicht.

Aber er setzte doch immer eine Schranke zwischen dem, was er für erlaubt, und was er für unerlaubt hielt. —

Und die Mutter? —

Ach! sie war so gut; — so ganz Empfindung; — urteilslos in allen Sachen des Gefühls.

Wie sie damals beim Abschied auf dem Bahnhofe weinte! —

Er kann die Szene doch nicht vergessen!

Die Mutter hatte er doch so recht von Herzen lieb. —

Lieb? —

Nein! Liebe war es eigentlich nicht! —

Auch nicht Ehrfurcht! —

Aber Ruhe hat er bei ihr. — Ruhe! Das was er vergebens in der weiten Welt gesucht hatte! . . .

Wie der Eisenbahnwagen schaukelt!

„Rechts — links"; — „rechts — links!" geht das immer.

Noch zwei und eine halbe Stunde.

Wälti schläft in der Ecke.

Und nun kommt es näher, immer näher!

Ach! wie sehnte er sich doch den Alten entgegen! —

Wie das alles hinwegschmolz, all' das kalte Eis, das sich um seine Brust gelegt hatte.

Heimat — Liebe! Heimat — Liebe!" rasselten die Räder. . . .

Und immer wieder mußte er sich aus dem Fenster beugen, — immer wieder! —

Und nun noch dreiviertel Stunden.

Er lehnt sich in die Wageneck zurück. —

Sie wußten es nicht, daß er käme.

Es wird doch wohl alles gesund sein! —

Und nun dämmert alles um seinen Blick. —

Und er sieht die Geschwister wieder: den kleinen kugelrunden, jüngsten Bruder, der zwanzig Jahr jünger war, als er; und den schwarzen, dreizehnjährigen mit den blitzdunkelen Augen und dem länglichen, durchgeistigtem Gesicht. — doch der war ja fort von Hause; — und dann den eitlen, gutmütigen sechzehnjährigen, der etwas beschränkt war, — und die siebzehnjährige Schwester mit den schwarzen Dissregerzöpfen auf dem Kopfe. . . .

Die Schwester war damals in der letzten Zeit die einzige gewesen, die ihm einiges Verständnis entgegenbrachte —

Jetzt mochte sie wohl schon längst verheiratet sein an irgend einen arroganten Mediziner oder Juristen, der es sich angelegen sein ließ, die paar geistigen Eigenschaften, die sie vor anderen ihres Geschlechtes besaß, durch rauschende Festlichkeiten verkümmern zu lassen. — —

Wie die Messingknöpfe an den Fensterrahmen in der Sonne funkelten! —

Es war ein blendender, eigenartiger Strahl. . . .

Er mußte an Toskas Augen denken. . . .

Toska. . . . (Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970203-15/fragment/page=0002

werden, zumal sich die Gewerkvereinler mit geringen Ausnahmen recht brav gehalten haben.

Prozeß Witte-Stöcker.

Unter ungeheurem Andrang des Publikums fand am Freitag vormittag vor der 6. Strafkammer des königl. Landgerichts I zu Berlin Verhandlung in der bekannten Beleidigungsklage des Pfarrers Witte gegen den Hofprediger a. D. Stöcker statt. Unter den vorgeladenen Zeugen befinden sich u. a. der aus dem Zuchthaus vorgeführte Frhr. v. Hammerstein, sowie die aus dem Gefängnis vorgeführten Journalisten v. Lützow und Leckert, der Konsistorialrat Leonhardt, die Redakteure Oberwinder, und v. Gerlach u. a.

Von dem Vorsitzenden im Prozeß Becker, Landgerichtsdirektor a. D. Luetz ist ein Krankheitsattest eingegangen. Luetz teilt mit, sein Gedächtnis habe so gelitten, daß es ihm nicht möglich sei, sich an die Vorgänge im Jahre 1885 zu erinnern. Von Frau Wagener ist ebenfalls ein Krankheitsattest eingegangen. Der Vorsitzende hält diese ausgebliebenen Zeugen für entbehrlich und betont weiter, es handle sich darum, festzustellen, ob Stöcker den ihm zugeschriebenen Brief an den Schneider Grüneberg geschrieben habe oder nicht, und wie es gekommen sei, daß die Abschrift des Briefes, welche Witte dem Konsistorium eingereicht hat, einen Sprachfehler enthalte. Die von Witte in seiner Broschüre abgedruckten Briefe sind nicht aufzufinden.

Stöcker äußert den Verdacht, der erste richtig geschriebene Satz sei einem von ihm geschriebenen Brief entnommen, das Uebrige sei aber gefälscht worden. Aus welchem Briefe der Satz stamme, könne er nicht mehr angeben. Auf Befragen bekundet Stöcker, den inkriminierten Artikel der Zeitung Volk habe Redakteur Gerlach auf Grund von ihm mitgeteilten Materials verfaßt, was Gerlach bestätigt.

Die Redakteure Oberwinder und Gerlach werden wegen Verdachts der Teilnahme nicht vereidigt. Grüneberg, welcher den Eindruck eines sehr kranken Mannes macht und anfangs zögernd antwortet, macht später bestimmtere Aussagen. Er könne sich nicht mehr besinnen, ob er die Abschrift des Stöckerschen Briefes aus dem Gedächtnisse oder nach dem Originale niedergeschrieben habe. Im Laufe der Vernehmung giebt Zeuge an, daß er 1881 wegen Geistesstörung behandelt worden sei und sein Vater und sein Bruder geisteskrank geworden seien. Auf Grund verschiedener, zur Verlesung gelangender Briefe Grünebergs an Stöcker hält der Präsident es für zweifellos, daß Grüneberg falsches Spiel getrieben.

Frau Witte macht Aussage über ihre Begegnung mit Grüneberg und betont bestimmt, die Urschrift des fraglichen Briefes gesehen und als die Schrift Stöckers erkannt zu haben. Aus weiteren Vernehmungen von Zeugen, namentlich auch des aus dem Zuchthause vorgeführten Frhrn. v. Hammerstein, ergiebt sich nicht, ob die Behauptung Grünebergs, daß ihm für die Herausgabe des Stöckerschen Briefes eine Geldsumme geboten wurde, richtig ist. — Zeuge Professor Strack sagt aus, er habe das Material für die 1885 erschienene Broschüre „Stöckers christliche Liebe und Wahrhaftigkeit" von Witte erhalten.

Nachdem der frühere Redakteur des Reichsboten, Engels, vernommen ist, fragt der Verteidiger Wittes, Lenzmann, ob dessen Vernehmung bezwecke, Witte der Unwahrhaftigkeit zu zeihen. Als dies von dem Verteidiger Stöckers bejaht wird, stellt Lenzmann folgenden Vorfall fest, der die Unwahrhaftigkeit Stöckers beweisen soll. In einem Vortrag in Barmen beurkrte Stöcker die gegen ihn von dem verstorbenen Redakteur der Volkszeitung Philipps ergangene Forderung. Stöcker habe seiner Zeit revoziert und es sei damals unter Mitwirkung des Rechtsanwalts Kaufmann ein Protokoll zu stande gekommen, worin beide Kontrahenten sich verpflichteten, von dieser Angelegenheit nichts an die Oeffentlichkeit zu bringen. Gegen dieses Ehrenwort habe Stöcker in Barmen gehandelt. Er sprach in jener Rede auch im spöttischen Tone davon, daß der Kartellträger selbstverständlich ein jüdischer Rechtsanwalt sei, obwohl er genau wußte, daß Kaufmann kein Jude sei. Lenzmann fügte hinzu, er überlasse es dem Gerichtshof, ob nach diesen Vorgängen Stöcker noch in der Lage sei, Witte Unwahrhaftigkeit vorzuwerfen. Der Gerichtshof behält sich die Entscheidung vor.

Nach der Vernehmung des Postsekretärs Hennings, der Journalisten Leckert und Lützow ist das Zeugenverhör beendet. Nach längeren Erklärungen der Anwälte erfolgt die Vereidigung der Frau Witte.

Die Beweisaufnahme wird fortgesetzt.

Grüneberg sagt aus, er kenne Leckert von Jugend auf. Er habe Leckert sein Tagebuch auf dessen Ersuchen gegeben, da Leckert angab, vom Frhrn. v. Stumm beauftragt zu sein, Material gegen Stöcker zu sammeln. Als er das Buch von Leckert zurückverlangte, sagte ihm dieser, ein ihm befreundeter Kriminalkommissar habe das Buch versiegelt, er würde es ihm aber sicher gern herausgeben. Leckert jun. bekundet, er habe ein Tagebuch mit dem Titel „Ein Verbannter" von Grüneberg erhalten, das Verfügungsrecht habe sein Vater. Leckert sen. erklärte sich zur Herausgabe des Buches unter gewissen Bedingungen bereit. Rechtsanwalt Wiehhaben weist darauf hin, daß die damalige Reichstagswahl am 30. Juli, die betreffte Versammlung aber am 23. Juli stattgefunden habe, während der Brief das Datum vom 19. August trage. Pastor Witte meint, ein Zahlenirrtum sei möglich, übrigens spreche der inkriminierte Brief von Versammlungen. Die Beweisaufnahme wird sodann geschlossen.

Stöcker führt aus, er habe den Brief von Anfang an für gefälscht gehalten, er gebe aber zu, daß die Beweisaufnahme ergeben habe, daß Witte an die Existenz des Briefes glaubte. Er gebe ferner zu, daß das von ihm gebrauchte harte Wort eine Beleidigung enthalte, dies sei aber in Wahrnehmung berechtigter Interessen geschehen.

Rechtsanwalt Lenzmann betont, die Beweisaufnahme habe ergeben, daß Witte den Brief nicht gefälscht habe, sondern noch heute an dessen Echtheit glaube. Stöckers Zugeständnis erfolgte heute nicht aus Loyalität, sondern unter dem Druck der Beweiserhebung. Jedenfalls liege eine nach § 186 zu bestrafende Beleidigung vor, doch auch aus § 187 sei Stöcker zu bestrafen. Er beantrage Gefängnisstrafe für Stöcker und die Freisprechung Wittes von der Wiederklage.

Witte giebt hierauf eine Darlegung des Konfliktes mit Stöcker, hebt für die Echtheit des Briefes sprechende Vorgänge hervor und betont schließlich, daß die Behörden seine optima fides ausdrücklich anerkannt hätten.

Der Anwalt Stöckers, Wielhaben, betonte, er denke weniger günstig über Witte, als Stöcker selbst es thue. Redner wirft Witte unglaubliche Naivetät und Leichtfertigkeit vor. Das Ehepaar Witte sei ein Opfer der Selbsttäuschung und der Verführung durch Grüneberg geworden. Der Beweis, daß der inkriminierte Brief existiere, sei nicht erbracht worden. Grüneberg sei unglaubwürdig und habe in der ersten Instanz zweifellos einen Meineid geleistet; dessen Verhaftung würde Redner gar nicht überraschen. Wielhaben beantragt schließlich für Stöcker Freisprechung oder eine geringe Geldstrafe, für Witte eine Geldstrafe. Im Falle der Freisprechung Stöckers ziehe dieser die Wiederklage zurück.

Hierauf erklärte Stöcker sich zu einem Vergleiche bereit, welchen Witte ablehnte. Nach Replik und Duplik der Anwälte und einem Schlußworte Stöckers zog sich der Gerichtshof zurück. Um 3½ Uhr wurde das Urteil verkündigt. Das Urteil sieht den Beweis der Existenz des fraglichen Briefes im Gegensatz zum Vorderrichter nicht als erbracht an. Frau Witte habe sicher die Wahrheit gesagt, sei aber möglicherweise das Opfer einer Täuschung geworden. Unerwiesen sei auch, daß Stöcker wider besseres Wissen gehandelt habe. Bezüglich des Artikels in der Zeitung Volk treffe § 185 zu, da Stöcker als Gehilfe anzusehen sei. Bezüglich des Artikels in der Evang. Kirchenzeitung sei Stöcker der Thäter. Der Schutz des § 193 sei ihm nicht zuzubilligen, da keine berechtigten Interessen zu einem derartigen Vorgehen vorlagen und die beleidigende Absicht erkennbar war. Der Gerichtshof erkannte gegen Stöcker wegen des ersten Artikels auf 200 M., wegen des zweiten auf 300 M. Geldstrafe, im Nichtzahlungsfalle zusammen auf 50 Tage Gefängnis. Bezüglich der Widerklage sei der erste Fall verjährt, im zweiten und dritten Falle fehle die Absicht der Beleidigung, es liege aber außerdem bei Witte in eminentestem Maße Wahrung berechtigter Interessen vor, Witte sei daher freizusprechen.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 2 Februar 1897.

* **Prozeß Schütte Numero zwei!** Unsere Leser erinnern sich des famosen Prozesses, den Herr Rechtsanwalt Schütte vor über Jahresfrist gegen den damaligen verantwortlichen Redakteur des Volksblattes Gen. Fr. Lehmann anstrengte oder richtiger anstrengen ließ. Auf dem Deckel eines Aktenstückes war eine Rasur vorgenommen worden, durch welche der Wert des Streitobjektes auf mehr als das Zehnfache erhöht wurde, so daß der Handwerksmeister, welcher durch Schütte den Prozeß führen ließ, in die angenehme Lage geriet, plötzlich an 225 M. Kosten bezahlen zu müssen, während er erwartet hatte, mit etwa 30 M. wegzukommen. Das und noch mehrere andere mit dem Prozeß in Verbindung stehende sonderbare Vorkommnisse wurden im Volksblatt erörtert. Herr Schütte, der durch die Artikel ziemlich bloßgestellt wurde, ersuchte die Staatsanwaltschaft, im öffentlichen Interesse die Beleidigungsklage gegen das Volksblatt einzuleiten. Das geschah natürlich Unsern Gewährsmann, den Tischlermeister Gröber, stellte man mit unter Anklage, so daß wir keinen Zeugen hatten, dagegen wurde der beschuldigte Herr Schütte schwurkräftiger Zeuge. Natürlich erfolgte bei solcher Mischung der Karten regelrecht die Verurteilung Lehmanns und Gröbers, und Herr Schütte war „glänzend gerechtfertigt". So war jedem sein Recht geworden. Aehnlich liegt die Sache in einem Falle, der übermorgen vor dem Schöffengericht verhandelt werden wird. Kurz nach dem Herbstmarkte enthielt das Volksblatt die Mitteilung über einen Vorgang, der sich im Marktpolizeizelt zugetragen hat. Durch diese Schilderung fühlten sich einzelne Beamte und der Kriminalpolizei Förster beleidigt. Der Hauptbeteiligte hatte gegen mehrere Polizeibeamte Strafantrag gestellt, war aber damit abgewiesen worden. Nun hat man unsern Redakteur auf die Anklagebank gesetzt und neben ihn als gleichfalls angeklagt unsern wichtigsten Zeugen. Dagegen treten die Polizeibeamten, unter ihnen auch Förster, als schwurkräftige Belastungszeugen auf. Der eine Angeklagte wollte mehrere Entlastungszeugen für sich laden lassen, wurde aber damit zweimal in der Gerichtsschreiberei abgewiesen. Wie unter solchen Verhältnissen die Verhandlung ausfällt, kann man sich leichtlich denken.

* **Recht schlecht beraten** hat sich Herr Bürgermeister Holly, als er in der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung die kräftigen Angriffe unseres Genossen Albrecht auf den umständlichen, bureaukratisch schleppenden Geschäftsgang im hiesigen Rathause parieren wollte. Albrecht machte bei Beratung über die Anstellung von 12 neuen Rathausbeamten darauf aufmerksam, daß manche einfache Versammlungsanmeldung durch ein halbes Dutzend Hände gehen müsse, ehe die Bescheinigung, die nach dem Gesetze sofort auszustellen ist, ausgefüllt wird. Trepp auf, Trepp ab müsse man mit der Anmeldung laufen, ehe die einfache Sache erledigt ist. Herr Holly erwiderte darauf, die Umfragen machten sich nötig, wenn auswärtige Referenten angesagt wären, über die erst Erkundigungen eingezogen werden müßten. Da hat Herr Holly in der Verlegenheit zu einer grausam unpassenden Ausrede gegriffen! Denn erstens werden doch die Referenten bei Anmeldung einer Versammlung gar nicht angegeben; zweitens würden doch bei niemandem im Rathause „Erkundigungen" über auswärtige Referenten eingezogen werden können, und drittens hätte das doch auch gar keinen Zweck, denn wir leben doch nicht im Königreich Sachsen, wo einzelne Behörden sich für berechtigt gehalten haben eine Versammlung zu verbieten, weil ihnen der Referent nicht in den Kram paßte. Also unglücklicher konnte Herr Holly seine Verteidigung nicht einrichten. Die vom Magistrat verlangten 12 Assistentenstellen wurden dann auch abgelehnt. Herr Holly muß darum die „Umfragen" schon mit dem gegenwärtigen Personale vornehmen.

* **Von den Geldern,** die für den Streik bei Krebs eingegangen sind, ist ein Teil übrig geblieben. Da der Krebs'sche Streik für beendet erklärt worden ist, hat das Komitee die überflüssigen Mittel teils den Hamburgern, teils den Wesselburenern zugewiesen. In sehr schönem Lichte hat sich in diesem Falle die Solidarität der hiesigen Metallarbeiter gezeigt, denn sie haben für die Streikenden bei Krebs über 2300 M. aufgebracht. Möchten nur auch alle Metallarbeiter in Bezug auf thätige Teilnahme an der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung dasselbe lebhafte Interesse zeigen.

* **Aus dem Bureau des Stadt Theaters.** Morgen Mittwoch wird Kienzls Opern-Novität „Der Evangelimann" wiederholt. Donnerstag findet das vorletzte Gastspiel des berühmten Charakterkomikers Georg Engels und zwar als Benzberg in dem reizenden Lustspiele „Goldfische" von Schönthan und Kadelburg statt. Der Künstler hat in dieser Rolle des liebenswürdigen Schwadroneurs eine Charakterzeichnung geschaffen, die allen späteren Vertretern derselben zum unerreichten Vorbilde diente und ein Kabinettstück fein komischer Charakteristik bildet.

* **Aus dem Bureau des Thalia Theaters.** Im Thalia-Theater wird morgen die Schauspiel Novität „Im Forsthause" von Skowronnek, welche sich bei der Première infolge ihres packenden Inhalts sofort die Gunst des Publikums wie auch der Presse zu erwerben gewußt hat, zum erstenmale wiederholt. — Am Donnerstag eröffnet Auscha Butze ein nochmaliges Gastspiel, welches auf vier Abende berechnet ist. Donnerstag wird sie in Sudermanns „Heimat" wieder auftreten, während die übrigen Abende die Lustspiele „Die wilde Jagd" von Fulda und „Der Probepfeil" von Blumenthal bringen.

* **Das Walhalla-Theater** hat am Montag mit einem neuen Spielplan begonnen, der sich würdig in Ausserlesenheit und Güte des Dargebotenen seinen Vorgängern anreiht. Drei Hauptpunkte des Programms wären jedoch ganz besonders noch hervorzuheben, der Original Gesangs und Charakter-Humorist Siegwart Gentes, der durch seine ausgezeichneten Kouplets ganz außerordentlichen Beifall erzielte, ferner die Neger-Exzentriker Arley und Doley mit ihren Vorführungen auf dem Ein- und Zweirad, sowie schließlich noch Miß Gabriele und Mr. Othon, die Bravour-Gymnastiker am fliegenden Trapez. Auch einen Konzertmaler Mr. Xela wies das reichhaltige Programm auf, der in wenigen Minuten uns zwei wohlgelungene Landschaften aus der Schweiz und von der Ostsee mit bunten Kreidestiften hervorzauberte. Nicht zu vergessen sind schließlich am Schluß die Gigeri-Akrobaten des Gargany-Trio mit seinen ganz enormen Kraft- und Geschicklichkeitsleistungen. Wie jeder Spielplan, so ist auch dieser letzte ein wohlgelungener, der das Interesse und den Beifall des Publikums für die Zeit seiner Dauer voll und ganz in Anspruch nehmen wird.

* **Vom Walhallatheater Maskenballe.** Wie alljährlich, so sind auch diesmal die Anmeldungen aus den Nachbarstädten, namentlich aus Leipzig, äußerst zahlreich. Daß aber auch ein größerer Verein aus Berlin, „Voluptas" genannt, sich eine große Anzahl von Ballkarten für seine Mitglieder nebst ihren Damen hat schicken lassen, dürfte neu sein. Ein Beweis, welch besonderen Rufes sich dieses Maskenfest nicht allein in unserer Stadt selbst, sondern auch weit über die Grenzen derselben hinaus erfreut. Nun, jeder der das Glück hat, dabei zu sein, wird ja sehen, welche Herrlichkeiten es diesmal in unserer Walhalla giebt!

* **Im Weltpanorama** ist in dieser Woche der zweite Zyklus der bayrischen Königsschlösser zu sehen. Es ist diesmal lediglich der Starnberger See, Hohenschwangau, Linderhof und Berg. Mitten im stillen Waldfrieden liegen die drei Schlösser auf den bayrischen Bergen. Das prächtige Innere mit seiner luxuriösen Ausstattung ist uns noch aus der früheren Reise durch die bayrischen Königsschlösser bekannt. Hervorzuheben in diesem Zyklus dürften noch die einzelnen Flußpartien des Lech mit seinen Wasserfällen, sowie des alten Klosters und der Spitalkirche sein. Wer für wenieges Geld sich ein wenig die Fremde ansehen will, dem können wir nach wie vor nur das Weltpanorama auf das wärmste empfehlen.

* **Durch starkes Heizen** kam es in der gr. Ulrichstraße 41 bei dem Kaufmann Richter zu einem kleinen Brande. Das Feuer konnte jedoch leicht und schnell gelöscht werden.

* **Zusammengebrochen** ist am Sonnabend in der Leipziger Straße ein Lastwagen, so daß hierdurch eine kleine Verkehrsstörung eintrat.

* **Beim Schlittschuhlaufen** brach der 13jährige Otto Hanisch aus Giebichenstein den linken Oberarm. Der Verletzte mußte in die Klinik gebracht werden.

* **Gestorben** sind im Laufe der vergangenen Woche 47 Personen und zwar an: Lungentzündung 5, Nierenbeckenvereiterung 1, Schlaganfall und Lungenödem 4, Verblutung 1, Krämpfen 5, Gehirnschlag 1, Luftröhrenentzündung 2, Darmschwindsucht 1, Diphtherie 5, Altersschwäche 4, Scharlach 1, Atrophie 3, Lustseuche 1, Herz und Nierenleiden 1, Nierenentzündung 1, Selbstmord durch Erschießen 1, Gehirnentzündung 1, chron. Herzmuskelentzündung 1, Krebs der Rachenwand 1, Herzschwäche 1, Lungenschwindsucht 2, Magenverhärtung 1, Magen- und Darmkatarrh 1, chron. Lungenkatarrh 1, Krebs des Netzes und der Leber 1. Darunter 4 in hiesigen Krankenanstalten verstorbene Ortsfremde.

Naumburg. Zur „Rot der Landwirtschaft" wird dem hiesigen Kreisblatt aus Leubingen geschrieben, der Ehrenvorsitzende des landwirtschaftlichen Vereins Kölleda, Landrat Graf von der Schulenburg, habe in der Vereinsversammlung am 16. Januar beherzigenswerte Worte an die sehr zahlreich erschienenen Landwirte gerichtet, indem er am Schlusse seines Referats über das Wirken des Vereins es als eine Gefahr bezeichnete, die jetzt viel gehörte Behauptung aufzustellen, daß die Landwirtschaft in einer Notlage sich befände. Von einer solchen im Sinne des Wortes könne hier noch keine Rede sein, sondern nur von einer schwierigen Situation, welche überwunden werden müsse. Durch obige Behauptung verliere man nur die Lust zur Arbeit sowie das Selbstvertrauen und das Vertrauen auf Gott. Diese Worte fanden viel Anklang. — Wenn Herr v. d. Schulenburg an keinen Notstand unter den notleidenden Rittergutsbesitzern glaubt, wird er bei seinen vollegen schwer ins Fettnäpfchen getreten haben.

Weißenfels. Eine Versammlung der Eisenbahnarbeiter sollte am Sonntag hier stattfinden. Dieselbe wurde aber dadurch unmöglich gemacht, daß Sonnabend abend bekanntgegeben wurde, für Sonntag sei die Sonntagsruhe aufgehoben, da alle Züge verkehren müßten. Auch sonst hatte man versucht, die Arbeiter vor dem Besuch der Versammlung gruselig zu machen. Der Verkehrsinspektor ließ auf dem Güterboden alle Leute zusammenkommen und sagte, sie würden doch nicht in die Versammlung gehen. Sie hätten doch nun schon seit so langen Jahren ihr sicheres Brot bei der Bahn (Mehr als das trockene Brot aber auch nicht, Herr Inspektor!) und würden doch nicht auf ihre alten Tage ihre Stellung wechseln wollen. Dem Einberufer wurde bekanntgegeben, daß er, wenn am 31. Januar die Versammlung stattfände, zugleich am 31. Januar auch seine Kündigung da sein würde. Der Angeredete erwiderte prompt, wenn am 31 Januar aus diesem Anlasse seine Kündigung eintrete, die Sache am 2. Februar im Reichstage sein würde. Auch war in Aussicht gestellt worden, daß Sonntag abend sämtliche Leute zum Schweichippen kommandiert werden würden. Aus diesen Gründen wurde die Abhaltung der Versammlung vorläufig verschoben. Aber aufgeschoben ist hier nicht aufgehoben.

Ammendorf. Für diejenigen, die nicht alle werden. Wiederholt findet man in verschiedenen Zeitungen Inserate, durch welche man dem leidenden Publikum angeblich gern unentgeltlich ein Mittel zu nennen verspricht, welches für diese oder jene Krankheit zweifellos helfen soll. Viele noch unkundige Leser nennen nun hinter den betreffenden Inseraten einen gewöhnlichen Briefnamen, welcher aus Dankbarkeit für seine Genesung auch andere von ihren Leiden befreien will. Daß dies alles bloß gewöhnliches Geschäfts Interesse ist, mußte ein hiesiger Grubenarbeiter erfahren. Ein Inserent aus Breslau, welches ein unfehlbares Mittel für Schwerhörigkeit empfahl, antwortete dem betreffenden Arbeiter, er möge sich nach Havelberg an ein gewisses Geschäft wenden, daselbst würde er Gehördl erhalten, welches ihm sicher helfen würde. Er befolgte diesen Rat, aber sein Zustand ist noch nicht gebessert. Der Brief, in welchem ihm das betreffende Oel empfohlen wurde, war mit der Schreibmaschine geschrieben, ein Zeichen, daß dahinter ein Geschäftsmann steckt, welcher in erster Linie auf seinen Nutzen bedacht ist.

Torgau. Zur Reichstagsersatzwahl in Torgau-Liebenwerda. Eine am Sonntag in Falkenberg stattgehabte Konferenz von freisinnigen Vertrauensmännern hat einstimmig beschlossen, als alleinigen Kandidaten den Landtagsabgeordneten Knörcke aus Zehlendorf aufzustellen. Der vorher in Betracht gezogene Kandidat war der Kaufmann Richter in Halle. Diese Aufstellung fand jedoch ihre Erledigung in der Ablehnung des betreffenden Herrn. Vor der Kandidatur des Herrn Knörcke war man sich jedoch nicht darüber einig, ob man einen Kandidaten der freisinnigen Vereinigung oder der freisinnigen Volkspartei aufstellen sollte. Wegen Körperverletzung wurde der Ackerbürger Friedrich Buchner zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. — Wegen Unterschlagung und Diebstahls wurde der Schneidergeselle Hermann Schäfer zu 3 Jahren Zuchthaus, 6 Jahren Ehrverlust und 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Bitterfeld. Durch Fahrlässigkeit eines Schachtmeisters wurde auf dem Grepginer Kohlenwerk ein Arbeiter aus Posen verschüttet; er war auf der Stelle tot. Wie Augenzeugen berichten, ist das Unglück nur durch eine unvorschriftsmäßige Handlung des Schachtmeisters geschehen.

Kleine Provinzial-Chronik. In Erfurt fiel ein halbjähriges Kind aus dem Bette und zog sich dabei eine so schwere Kopfverletzung zu, daß es bald darauf starb. — In Förderstedt verunglückte beim Rangieren der Bahnarbeiter August Borchert. Der Verunglückte ist bereits seinen Verletzungen erlegen. — Kurz vor Eisleben sprang an der Lokomotive des Abendzuges ein Radreifen. Unglück ist jedoch nicht weiter daraus entstanden. — In Staßfurt fanden am Freitag abend Erderschütterungen statt.

Aus dem Reiche.

Berlin. Die Illumination war am Mittwoch äußerst spärlich. Außer den sehr wenigen Renommier-Veranstaltungen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970203-15/fragment/page=0003

patriotischer Geschäftsunternehmer war von einer Teilnahme der Bevölkerung fast nichts zu bemerken. Man sieht also, in welchen Schichten der Bevölkerung der Patriotismus in Blüte steht. — Wieder ein antisemitischer Gauner. Bereits vor einiger Zeit ist in Berlin ein Verlagsbuchhändler, Ernst Finking, verhaftet worden, der durch sein „Patriotisches Institut" betrunkte Kolportagegeschäft Bücher von mordspatriotischem und religiösem Inhalt mit dem Hinweis vertreiben ließ, daß ein Teil des Reinertrags für Arme und Notleidende bestimmt sei. In der Angelegenheit wird uns noch weiter mitgeteilt: Mit der Verhaftung des Verlagsbuchhändlers Ernst Finking hat die antisemitische Partei Berlins den letzten Geldmann verloren; denn Finking hat mit allen Größen dieser Partei, gleichviel ob dieser oder jener Richtung, im engsten Verkehr gestanden und jederzeit seinen Geldbeutel offen gehalten. Seine Verhaftung erfolgte am 13. Dezember. Er hatte gerade verschiedene seiner besten Freunde zu einem Champagnerdiner nach seiner Wohnung geladen. Unter anderen waren anwesend der Kriminalkommissar v. Tausch, dessen früherer Kollege, der Polizeileutnant a. D. und Hofberichterstatter Heinrich Haacke, die antisemitischen Schriftsteller Karl Wald, der bekannte Grousfiller u. s. w. Mitten in den Freuden des Diners erschien ein anderer Kriminalkommissar und verhaftete den Gastgeber wegen Betruges.

Berlin. Der Magistrat beschloß heute, weitere 120 000 M. zur würdigen Begehung der Centenarfeier zu verwenden; es handelt sich um die prächtige Ausschmückung der Via triumphalis am Palais Kaiser Wilhelms bis zum Denkmal.

Gera. Das Wort vom beschränkten Unterthanenverstand kann nicht besser beleuchtet werden, wie es durch eine Bescheinigung geschieht, die von der Windischenbernsdorfer Behörde unserem Versammlungsanmelder erteilt worden ist. Dieselbe lautet:

Die Erlaubnis zu der vorstehenden Versammlung wird nur unter der Bedingung erteilt, daß die Angelegenheiten, welche besprochen werden sollen, vorher bekannt gemacht werden.

Windischenbernsdorf, den 30. Januar 1897.

Der Gemeindevorstand. F. Patzer.

Das Gesetz schreibt bekanntlich weder die Erteilung einer „Erlaubnis" vor, noch giebt es der Behörde das Recht zu der Forderung, daß die zu besprechenden Angelegenheiten vorher bekannt gemacht werden müssen. Heutzutage will man oben überall als findig gelten.

Vermischtes.

* **Feuer am Bord.** Auf dem Dampfer Teutonia verbrannten durch ausgebrochenes Feuer 3 Matrosen, 3 andere Matrosen sind schwer verletzt.

* **Verhaftet** wurden 3 Generale in Montevideo, weil sie einer regierungsfeindlichen Versammlung beigewohnt hatten.

Quittung.

Für die Hamburger streikenden Hafenarbeiter:

Von den für den Streik bei Krebs übrig gebliebenen Geldern 50.— M. Von den schwarzen Schweelern in Zicherbeu durch F. B. 2.50 M. Von Ziegeleiarbeitern in Nielleben 4.40 Mark. Vom Schafkopfspiel bei Mennicke 0.38 M. Gesammelt von lustigen Kegelbrüdern im Eyoldschen Lokale in Trebnitz 1.30 Mark. Nicht für die Evangelisten, sondern für die Hafenarbeiter bei Gustav Müller 1.— M. Von Lettiner Genossen 2.40 Mark. Dölauer Rauchklub 5.35 M. Bei einer Geburtstagsfeier in der Geiststraße 1.50 M. Bei einer blinden Kindtaufe in der Auguststraße in Giebichenstein durch T. B. 1.50 M.

Teuchern. Am gemütlichen Biertische 1.50 M. Von B. O. und E. M. je 1 M. Von H. R., R. B., A. B. und vom Halbdummen (5. Rate) je 50 Pf. Von E. M. 30 Pf. Von H. Sch. 25 Pf. Von O. K., G. Sch., vom gemütlichen Gustav und Wilhelm je 20 Pf. Von E. B. und R. M. je 10 Pf. In Summa 7.05 M.

Für die Weißenfelser streikenden Schuhmacher:

Von den für den Streik bei Krebs gesammelten Geldern 100 M. — Amerikanische Auktion bei Mennicke, Nielleben 2.80 M. — Vom gemütlichen Skat bei Eyold 1.55 M. — G. L. —.20 M. — Im Restaurant von Sch. 1.—. — Von Lettiner Genossen 2.25 M. — Bei der Jubiläumsfeier von Weise u. Monski 3.75 M. — Fräulein T. — 25 M. — S. — 50 M. Ungenannt —.25 M. — Für die streikenden Schuster nicht für die Fabrikanten 2.50 M. gesammelt bei Schumann.

Von hallschen Arbeitern, namentlich Schuhmachern, gesammelt auf Liste Nr. 3227 5.15, 3226 14.50, 3223 9.90, 3215 0.95, 4019 1.75, 3224 10.10, 3225 4.10, 3221 2.30, 1670 16.20, 1668 1.20, 3220 12.71, 3219 1.95, 3229 5.50, 4015 9.95, 4014 10.30, 4010 3.15 M. Auf den Generalfondslisten gingen ein: Nr. 17 8.95, 15 16.45, 18 29.60 M.

Teuchern. Von einem Schwarzen, der rotes Blut hat, 50 Pf. — Bei dem Schnegesföder von Teuchern nach Hohenmölsen 30 Pf. — Von 66 Spielern in der Sonne 20 Pfg. — Von P. H. 20 Pf. In Sa. 1.20 M.

Für die Redaktion verantwortlich: L. Salomon in Halle.

Konsumverein für Giebichenstein u. Umg.

(E. G. m. b. H.)

Donnerstag den 11. Februar 1897 abends 8 Uhr

außerordentliche

General-Versammlung

in Schades Schützenhaus, Giebichenstein.

Tagesordnung:

1. Errichtung einer Filiale in Halle.
2. Erweiterung der Geschäftsräume in Giebichenstein.
3. Anträge der Mitglieder: dieselben müssen bis Sonnabend den 6. Februar abends schriftlich beim Vorstand eingereicht sein.
4. Verschiedenes

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreichen Besuch.

Der Vorstand.

H. Benthin. R. Schulze.

Nur Mitglieder haben Zutritt.

Allgem. Konsumverein Trotha bei Halle a. S.

E. G. m. b. H.

Bilanz für das Jahr 1896.

Aktiva.	ℳ	Passiva.	ℳ
An Kassa-Bestand	81.29	Per Mitglieder-Anteils-Konto	7831.33
„ Mobilien Konto	1716.25	„ Reservefonds Konto	3652.64
„ Waren Bestand	9517.40	„ Kautions-Konto	2600.—
„ Depositen-Konto	26600.—	„ Konto-Kurrent-Konto	194.47
		„ Dispositionsfonds-Konto	25.64
		„ Reingewinn	23610.86
	37914.94		37914.94

Mitglieder-Bewegung.

Bestand am Anfang des Geschäftsjahres 1896	376
Neu eingetreten im Laufe des Geschäftsjahres	121
Summa	497
Ausgeschieden sind am 31. Dezember 1896	33
Giebt Bestand am 1. Januar 1897	464

Im Laufe des Geschäftsjahres 1896 haben sich die Mitglieder-Guthaben um 2189.53 ℳ und die Haftsumme um 2200 ℳ vermehrt. Die Haftsumme aller Mitglieder beträgt am Jahresschlusse 11 600 ℳ

Die Generalversammlung vom 31. Januar 1897 beschloß auf Grund vorstehender Bilanz die Auszahlung einer Dividende von 14 Prozent.

Trotha, den 1. Februar 1897.

Der Vorstand.

Wilh. Banse. J. König. Hannemüller.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen.

Gesucht wird der Former Wilhelm Peters aus Köthen, sowie der Maurer Friedrich Jänicke aus Halle a. S.

Leichenfund. Am 11. Januar 1897 wurde auf dem Wege von Quering nach Brodau, Kreis Delitzsch, die Leiche eines etwa 20 Jahre alten unbekannten jungen Mannes, 163 cm groß, blond, bartlos, mit einer Schußwunde in der linken Brustseite aufgefunden. Der rechte Unterarm ist mit einem Herz, das von einem Anker und einem Kreuz durchstochen ist, tätowiert.

Bekleidet war der Verstorbene mit buntem Barchenthemd, roter Barchentunterhose, grauen Strümpfen, Lederschuhen mit Schnallen, graugrünlich karrierten Beinkleidern, dunkler Weste mit buntem Futter, rotem Schlips, Vorhemd, Stehkragen, dunkiem Kammgarn-Jackett, brauem Ueberzieher, hellgrauem Filzhut kleiner Form. Bei ihm wurden gefunden: Ein Messer, eine auffällig starke Stahl-Uhrkette, an der in der Mitte eine Denkmünze mit den Bildnissen Kaiser Friedrich und Wilhelm II. befestigt war, ein kurze hölzerne Tabakspfeife — zwei Hirsche darauf — zwei Zigarrendosen, die eine mit der Aufschrift: Otto Beyer, Leipzig, Zigarrenhandlung, Windmühlenstraße 13 Filiale Ecke Gutritzscher-Gohlis-Straße, die andere mit der Aufschrift: Gustav Lebe . . . (abgerissen) Dresden N, Bischofsplatz 2b.

Legitimationspapiere oder andere zur Feststellung der Persönlichkeit geeignete Gegenstände fanden sich nicht vor.

Nach den bisherigen Ermittelungen ist anzunehmen, daß der Verstorbene sich selbst entleibt hat. Eine Schußwaffe ist jedoch in seiner Nähe nicht aufzufinden gewesen. Das Fehlen dieser sowie der Uhr, die er etwa besessen haben kann, lassen der Annahme Raum, daß die Leiche beraubt worden ist.

Es wird ersucht, Mitteilungen, die zur Aufklärung der Sache geeignet erscheinen, zu den Akten J. VI. b. 24 97 gelangen zu lassen.

In Freien Stunden.

Eine Wochenschrift.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk.

Inhalt:

Siebzehnhunderttreiundneunzig.

Histor. Roman von Viktor Hugo.

Jede Woche erscheint ein Heft a 10 Pf.

Zu haben in der **Volksbuchhandlung** Völbergasse 1.

Alle Expedienten nehmen Bestellungen entgegen.

Bierdruck-Apparate, Gas- und Wasser-Anlagen, Reparaturen billigst **Herm. Graegers** Nachfolger **Aug. Hoske,** Geiststr. 55.

Elegante, flotte **Damenmaske,** neu, zu verleihen Dachritzstraße 9, p.

Für Bergleute empf. **Rüböl** p. Ltr. 55 ₰ **W. Dudenbostel.**

„Kathreiner's Malzkaffee besitzt bei kaffeeähnlichem Geruch und Geschmack wohl die angenehmen Reiswirkungen des Kaffee's, nicht aber dessen nervenerregende Eigenschaften."

Aus einem Gutachten von Dr. Rob. Henriques, chem. Laboratorium für Handel und Gewerbe, Berlin.

Arbeiter-Bildungsverein.

Diejenigen Mitglieder, welche sich an einer zu bildenden Männer Riege beteiligen wollen, werden ersucht, sich **Freitag abend ½9 Uhr im Konzerthaus** einzufinden. — Die neugebildete dramatische Abteilung hält nächsten **Sonntag nachmittag 3 Uhr bei Streicher** ihre erste Besprechung ab; Teilnehmer werden hierzu eingeladen.

Der Vorstand.

Zuschuß-Kasse, Zeitz.

Sonntag den 14. Februar 1897 nachm. ½3 Uhr

General-Versammlung

im **Meinecks Restaur.,** Schaarenstr.

Anträge sind schriftlich beim Kassierer bis 12. Februar einzureichen.

Der Vorstand.

Hoffnung, Weißenfels.

Freitag: **Singestunde.**

Stadt-Theater in Halle.

Direktion: Hans Julius Rahn

Mittwoch den 3. Februar 1897

135. Vorst. — 99. Abonn.-Vorstellung.

Farbe: **blau.**

Der Evangelimann.

Oper in 3 Aufzügen von Wilh. Kienzl.

Donnerstag den 4. Februar 1897

136. Vorstell. 38. Vorst. auß. Abonnement

2. Gastspiel d. berühmt. Charakterkom.

Georg Engels vom Deutschen Theater in Berlin.

Godfische.

Lustspiel in 4 Akten von Franz von Schönthan und Gustav Kadelburg.

Thalia-Theater Geiststr. 42 43.

Novität! Mittwoch: Novität!

Im Forsthause.

Schauspiel in 4 Akten von Skowronnek.

Donnerstag:

Gastspiel von **Nuscha Butze.**

Heimat.

Schauspiel in 4 Akten v. H. Sudermann.

Walhalla-Theater.

Direktion Rich. Hubert

Durchweg neuer Spielplan.

Miß **Gabriele** und Mr. **Othon,** Bravour Barterre Gymnastiker am fliegenden Trapez. — Die **drei Gargany's,** Gigerl-Akrobaten. — Messrs. **Arley und Doley,** Neger-Exzentriker auf dem Ein- und Zwei-Rad. — Die 4 **Arr-En-You's,** japanische Tanz und Instrumental-Gesellschaft. — **Frères Auburtin,** Gymnastiker an der getragenen Bambusstange. — Mr. **Zela,** Konzert-Schnellmaler. — Miß **Rose Harwood** und Miß **Lena Edwards,** englische Tanz-Sängerinnen. — Herr **Siegwart Gentes,** Original-Gesangs- und Charakter Humorist.

Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr

Mittwoch **Schlachte-Fest.** **Emil Boehr,** Glaucharstraße 2.

1 Geb. Betten, rot, schön gefüllt, für 16 M. zu verk. Fritz Reuterstr. 10, p. r.

Herrmanns Bier- und Speise-Tunnel

obere Leipzigerstraße 54.

Von heute ab täglich **großes Bockbierfest** in den festlich dekorierten Räumen.

ff. Bockbier 0.4 Liter 10 Pf.

Echt Kulmbacher von G. Sandler 0.4 Liter 15 Pf. Als Spezialität: **Bockwürstchen** à Paar 25 Pf. Bockeltrochen mit Sauerkohl à Portion 40 Pf. **Täglich große Orchestrion-Musik.**

Otto Herrmann.

Aufgepasst!

Die größte Auswahl aller Sorten

Filz- und Lederschuhwaren

ist wie bekannt bei

C. Wagner, Gottesackerstr. 9.

Für Wiederverkäufer die billigste Bezugsquelle.

Vom Büchermarkt.

Die politische Polizei in Preußen. Bericht über die Verhandlungen im Prozeß Leckert-Lützow-Tausch. Preis 25 Pf.

Geschichte der modernen Polizei im Zusammenhange mit der allgemeinen Kulturbewegung. Mit zahlreichen Illustrationen, Portraits, Faksimiles 2c. Von Paul Kampfmeyer. Vollständig in 25 Heften a 20 Pf.

Der Landarbeiter, was er war, ist und sein wird. Von Eduard Adler. Preis 75 Pf.

Hofgängerleben in Mecklenburg. Selbsterlebtes und Selbsterschautes von einem Berliner Arbeitslosen. Mit einem Vorwort. Von A. Bebel. Preis 25 Pf.

Der märkische Landbote. Volks-Kalender für 1897. Preis 15 Pf. Eignet sich sehr gut zur Landagitation.

Zu haben in der

Volksbuchhandlung,

Völbergasse 1.

Pirschky's Restaurant,

Jakobstraße 23.

Donnerstag **Schlachtefest.**

Früh Wellfleisch, abends div. frische Wurst, auch außer dem Hause.

Hierzu lad. freundl. ein **F. Pirschky.**

Müllers Restaurant,

Bahnhofstrasse 26.

Mittwoch den 3. Februar d. J.

großer

Narren-Abend.

Hierzu ladet Freunde und Bekannte ergebenst ein **D. O.**

Ehrhardt's Gasthaus,

Merseburgerstraße 169.

Mittwoch den 3. Februar 1897

grosser

Narren-Abend.

Für Unterhaltung, gute Speisen und Getränke, sowie aufmerksame Bedienung ist bestens gesorgt

F. Ehrhardt.

Braustüb'l Weißenfels.

Donnerstag den 4. Februar

Einzugs-Schmaus.

Es ladet freundlichst ein

Oskar König.

Medizinischen

Leberthran

halten bestens empfohlen

E. Walther's Nachf.,

Moritzzwinger 1 und Steinweg 26.

Hunde-Schlitten zu kaufen gesucht. **Kröllwitz,** Brunnenstraße 11.

1500 Mark auf sichere Hypothek zu verleihen gesucht. Zu erfragen bei **Max Elkan, Geiststr. 21.**

Ein kleines **Haus** für eine Familie in Wallwitz zu verkaufen. Zu erfragen bei **Fr. Rechenberg, Seeben.**

Dem geehrten Publikum sage ich bei meinem Scheiden von Zeitz für den regen Besuch meines Panoramas, desgleichen der verehrlichen Redaktion für die gütige Beurteilung desselben meinen besten Dank. Hochachtungsvoll

A. Ahrens.

Diese Nacht verschied sanft und ruhig nach langem Leiden unsere liebe Mutter und Schwiegermutter die Handelsfrau **Witwe Häusel.**

Dies zeigen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stille Teilnahme hierdurch tiefbetrübt an

Oskar Hugebör und Frau,

Zeitz, Schützenstr. 22.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S. Hierzu 1 Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970203-15/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 28. Halle a. S., Mittwoch den 3. Februar 1897 8. Jahrg.

Ein Fachmann über die Militärgerichte.

Das Militär-Gerichtsverfahren erfährt eine vernichtende Kritik durch ein soeben erschienenes Buch des früheren Artilleriehauptmanns Konrad Luthmer. Die Mitteilungen sind wert, dem großen Publikum unterbreitet zu werden, denn sie erweisen klar, welche Ungeheuerlichkeiten das geheime Verfahren zur Folge haben kann.

Beim Kaiser-Manöver im Elsaß am 13. September 1893 traf Luthmer das gräßliche Unglück, über welches damals den Zeitungen verschleierndе Berichte zugingen. Durch die Schuld des Reserve-Offiziers Diehl aus Frankfurt a. M. wurde aus unmittelbarer Nähe eine Kanone gegen ihn abgefeuert, und er verlor beide Augen. Bei Kaiser-Manövern darf nämlich nur rauchschwaches Pulver benutzt werden; um nun aber doch einen Knall herbeizuführen, wird vor das Pulver ein Bündel von 500 Holzstäbchen in das Rohr gesteckt. „Es ist mir ganz unbegreiflich,„ sagt Luthmer, „weshalb man im deutschen Heere zu einem solch' gefährlichen Aushilfsmittel gegriffen hat. Ich habe 1891 bei den östreichischen Kaiser-Manövern rauchschwaches Pulver mit Knall, aber ohne Holzvorlage gesehen; warum geht es denn dort?" Die Holzstäbchen bohrten sich massenhaft in den Getroffenen ein und stachen ihm auch beide Augen aus. Das militärgerichtliche Verfahren über diesen Unfall wird nun unter Mitteilung der offiziellen Akten und Briefe dargelegt.

Am Vormittag des 13. September 1893 war die furchtbare Verwundung erfolgt; am Nachmittag, gegen 5½ Uhr, fand auf Befehl des Regimentskommandeurs ein Verhör im Zelte der 3. Batterie statt. Dabei ging es, nach Luthmers Angaben, folgendermaßen zu. Der Batterieführer v. Kittlitz hielt das Verhör ab; Leutnant Beck war Beisitzer; Hauptzeuge war der Geschützführer des 6. Geschützes (aus welchem der Unglücks-Schuß abgefeuert war). Unteroffizier Staiger, dieser Hauptzeuge, schrieb zugleich auch während der ganzen Verhandlung das Protokoll! Ferner wurde Leutnant Beck durch einen Major vom Verhör zu einem anderen Dienst geschickt, so daß, entgegen der Vorschrift, das Verhör zum größten Teile ohne Beisitzer stattfand.

Diehl, der Angeschuldigte, wurde zuerst vernommen und sagte möglichst entlastend für sich aus. Die Zeugen standen unmittelbar neben der ganz dünnen Zeltwand und konnten jedes einzelne Wort (Diehls) ganz deutlich hören. Als sie vernommen wurden, blieb Diehl im Zelte sitzen, hörte die Aussagen an und sprach wiederholt hinein, um die Zeugen zu Aussagen zu veranlassen, die ihn entlasteten, den Verunglückten aber belasteten. Premier-Leutnant v. Kittlitz hinderte dies nicht; wie er später angab, weil dies Sache des (abwesenden) Beisitzers gewesen sei. Zuletzt schrieb Staiger seine eigenen Aussagen in das Protokoll. „Sind das nicht geradezu haarsträubende Zustände einer Gerichtsverhandlung?" fragt der Verfasser. Die Sache liest sich allerdings wie ein Märchen; aber die sämtlichen Punkte werden durch die Aussagen von Kittlitz u. a. vom Verfasser erhärtet.

Es heißt dann in dem Buche: „Die Leutnants v. Kittlitz und Beck, sowie Wachtmeister Romer und Vizewachtmeister Bertram haben angegeben, daß Staiger, sowie alle Bedienungs-Mannschaften des Geschützes am 13. September und auch an den folgenden Tagen eine ganz außerordentlich große Angst gezeigt haben, daß sie sämtlich für meine Verwundung kriegsgerichtlich bestraft würden. Zudem war im Laufe des Nachmittags im Biwak die Nachricht meines bereits erfolgten Todes verbreitet. Diehl, wie die Zeugen, mußten deshalb mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß mein Mund für immer geschlossen wäre. . . . Ich glaube, daß jedes weitere Gerichts-Verfahren eingestellt worden wäre, wenn ich unmittelbar nach dem 13. September gestorben wäre. Im Laufe einer neunzehnjährigen Dienstzeit habe ich eine solche Menge von Sachen vertuschen sehen, daß ich allein darüber ein ganzes Buch schreiben könnte; doch das gehört nicht hierher. Im vorliegenden Falle müßte ich als Erblindeter auch noch die Rolle des Anklägers übernehmen."

Am 23. September wurde der Schwerverletzte, im Bette liegend, vernommen, seine Aussagen standen in den Hauptpunkten denen der Biwakzeugen diametral entgegen. Am 16. Dezember wurde er darauf vereidigt von dem Corps-Auditeur, der „ja nach unserer Militärjustiz Staatsanwalt, Untersuchungsrichter und Verteidiger in einer Person ist." Außer ihm wurden als Zeugen noch vereidigt Unteroffizier Staiger, Sergeant Holstein, Oberstleutnant Draudt und Premierleutnant Wendt. „Die letzteren drei hatten den fraglichen Vorfall gar nicht gesehen"; dagegen hatten Draudt und Wendt „die Aussagen des Verhörs vom 13. Sept. vor ihrer Vernehmung eingehend gelesen!

Schließlich wurde der Schuldige Diehl zu 42 Tagen Festungshaft verurteilt auf Grund der Akten, wie sie durch Verhöre der oben gekennzeichneten Art zu stande gekommen. Zufällige Umstände führten jedoch dazu, daß das Urteil nicht bestätigt, sondern angeordnet wurde, ein neues Kriegsgericht abzuhalten und dabei Luthmers grobe Unvorsichtigkeit zu berücksichtigen.

Mittlerweile konnte aber der erblindete Luthmer seine Sache selbst in die Hand nehmen. Ihm, dem Blinden, gelang, was den Organen der Militärjustiz nicht gelungen war, Zeugen aufzufinden, welche den Unglücksfall gesehen hatten und seine Ursachen nennen konnten. Aber die von ihm vorgeschlagenen Zeugen über die Unregelmäßigkeiten bei dem Verhör im Biwak wurden nicht vernommen. Das geschah erst am 24. Juni 1895; aber das Urteil war damals schon fast ein Jahr lang endgiltig gesprochen und bestätigt worden. Am 22. August 1894 fand zu Frankfurt das zweite Kriegsgericht statt, bei dem nunmehr acht Zeugen einstimmig gegen die vier des ersten Gerichts aussagten. Das Gericht schenkte jetzt den Aussagen des Hauptmanns Luthmer und der sieben gleichlautend aussagenden Zeugen Glauben und erklärte die „in den Details schwer zu vereinigenden" Aussagen des Unteroffiziers Staiger und seiner drei Genossen durch die „schnelle Aufeinanderfolge der Vorgänge kurz vor dem Schuß". Diehl erhielt zwei Monate Festung. Der Kaiser bestätigte das Urteil am 13. Oktober; Diehl wurde aber schon nach vierzigtägiger Festungshaft auf Ehrenbreustein begnadigt, hat also nicht einmal das Mindestmaß der gesetzlichen Strafe verbüßt.

Das sind in kurzen Zügen die Erfahrungen, die ein Hauptmann mit der Militärjustiz machte. Nun denke man sich an seine Stelle einen Soldaten. Was würde der wohl erreicht haben? Und dieser Hauptmann hat eine ganz ungewöhnliche Energie und Zähigkeit entwickelt.

Diese neuen Mitteilungen über die Art des jetzt üblichen Militärgerichtsverfahrens lassen die dringende Notwendigkeit einer zeitgemäßen Reform des Militärstrafprozesses mit aller Schärfe hervortreten.

Ein richterliches Urteil über die studierende Jugend.

Der studierenden Jugend von heute widmete in einer Sitzung am Amtsgericht München I Oberamtsrichter Rupprecht folgende Würdigung: „Die Unsitte einer großen Anzahl von Studierenden, zur Nachtzeit und am frühen Morgen die Straßen unserer Stadt mit furchtbarem Gejohle und Gebrüll zu durchziehen, nimmt leider in erschreckender Weise zu und selbst der Umstand, daß von den Gerichten in letzter Zeit mit strengen Strafen, ja sogar mit nicht unbedeutenden Freiheitsstrafen, gegen diese Störenfriede vorgegangen, hat nicht ab-, sondern gewirkt. Im Strafvollstreckungs-Gefängnisse zu Stadelheim haben bisher ca. 80 Studenten Freiheitsstrafen abgesessen. Der Inspektor und Hausarzt dieser Anstalt haben besonders in letzter Zeit lebhafte Klage darüber geführt, daß sich diese Sorte von Studenten in der frechsten, gemeinsten und unflätigsten Weise benimmt und oft in einem Zustande sich zum Antritt der Strafe einfindet, der jeder Beschreibung spottet. Abgesehen davon, daß die Studenten, welche Strafen anzutreten haben, von einer größeren Anzahl von Kollegen zum Gefängnis in Fiakern geleitet und nach Verbüßung der Strafe auf dieselbe Weise wieder von dort weiterbefördert werden, befinden sich diese Leute meist in hochgradig angetrunkenem Zustande und verüben neuerdings Exzesse schlimmster Art, die zu neuerlichen Strafeinschreitungen Veranlassung geben.

Außerdem treffen an die Beamten und das Personal des Strafvollstreckungs-Gefängnisses nach Entlassung der Studierenden offene Postkarten und Briefe des gemeinsten und unflätigsten Inhalts ein. Das ist die studierende Jugend von heute, anstatt zu lernen, um später tüchtige Staatsbürger zu werden, wird ganze Nächte hindurch gekneipt, die Leute aus ihrer Nachtruhe gebrüllt und belästigt und die Ordnungsmannschaft in der gröblichsten Weise verhöhnt. Schreitet dann die Gendarmerie energisch gegen solche gebildete Flegel ein, dann fühlt man sich auf einmal wieder als Student und will mit Glacéhandschuhen angefaßt werden.

Unsere Gendarmerie geht ohnedies schonend genug gegen diese jungen „Herren" vor und greift erst dann ein, wenn der sogenannte „Ulk" in einer Weise ausartet, wie man es von gebildeten Leuten nicht erwarten sollte. Die Ansicht und bisherige Uebung, daß man durch Haftstrafen von einigen Tagen das Ehrgefühl dieser „Herren" wieder hervorrufen und aufwecken könnte, hat sich als eine irrige erwiesen und es wird daher in Zukunft wohl nötig sein, daß gegen eine solche Jugend mit den strengsten Strafen vorgegangen werden muß und daher für solchen Unfug, wenn er jetzt nicht bald aufhört, das Strafmaximum von sechs Wochen ausgesprochen werden wird. Nicht gegen die Fröhlichkeit und Heiterkeit der studierenden Jugend soll angekämpft und strafend eingeschritten werden, sondern gegen diese unerhörten Auswüchse studentischer Ausgelassenheit und ströflichen Uebermuts. Ich habe zu wiederholten Malen schon hier im öffentlichen Gerichtssaale ausgesprochen, und die Presse hat dankenswerterweise hiervon stets Notiz genommen, daß die Herren Studierenden sich eines anständigen Lebenswandels befleißigen möchten, wie es sich für gebildete Leute gebührt, und nicht Exzesse wirklich rohester Art vollführen, wie man es bisher nur von einer gewissen Sorte von Leuten gewohnt ist. Wenn die Herren Studierenden diese gutgemeinten Ratschläge nicht beherzigen und nicht befolgen wollen, so müssen sie eben die Konsequenzen tragen und es an ihrem eigenen Leibe erfahren, daß auch ein Student auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen angehalten werden kann und muß, sich ordentlich zu führen."

Polizeiliches und Gerichtliches

§ Sächsische Versammlungsfreiheit. Die Versammlungsverbote einer löblichen sächsischen Behörde erfreuen sich in ganz Deutschland einer gewissen Berühmtheit. Neuerdings ist der Name des Bürgermeisters des sächsischen Bade städtchens Meerane ein Herr Dr. Ebeling, aus der Verborgenheit seiner amtlichen Wirksamkeit in die weitere Oeffentlichkeit gedrungen. Der Herr hat bekanntlich kürzlich dem Genossen Bebel das Sprechen in Meerane durch ein eigenartiges Verbot unmöglich gemacht. Wir drucken dasselbe ab, weil es durch seine Bezugnahme auf die Vorgänge in Lille und die Kritik unserer Bewegung von besonderem Interesse war. Herr Bürgermeister Ebeling zu Meerane hat aber jetzt ein neues Versammlungsverbot erlassen, diesmal gegen den Genossen Rosenow, welches wir der Originalität halber vollständig abdrucken. Hier das Verbot:

Beschluß
des Stadtrats zu Meerane,
vom 25. Januar 1897.

Die am 23. für den 26. d. M. vom Arbeiter-Bildungs-Verein im Saale des Thüringer Hofes anberaumte öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Vortrag des Herrn Emil Rosenow aus Chemnitz über „Thomas Münzer und die Zeit des deutschen Bauernkrieges" wird auf Grund von § 5 und § 12 des Gesetzes vom 22. November 1850 verboten.

Dem Redakteur Rosenow, welcher im vergangenen Jahre eine wegen Majestätsbeleidigung verhängte Gefängnisstrafe von drei Monaten verbüßt hat, ist der Aufenthalt in 11 Dorfgemeinden der königlichen Amtshauptmannschaft Chemnitz unterlagt worden, weil mit Rücksicht auf die Erfahrungen bei seinem öffentlichen Auftreten zu befürchten sei, daß ihm der Aufenthalt in besonderem Grade die Gelegenheit zur Wiederholung von derartigen Rechtsverletzungen darbietet und dadurch Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verursachen werde. Diese Ausweisung ist vom Redakteur Rosenow angefochten, aber sowohl von der königlichen Kreishauptmannschaft zu Zwickau als auch von dem königlichen Ministerium des Innern bestätigt worden. Eine solche durch alle Instanzen durchgeführte Entscheidung, welche auf gesetzlicher Grundlage beruht, kann gewiß Anspruch auf Achtung erheben. Statt dessen ist sie aufs schärfste kritisiert, ja sogar in einem sogenannten sozialdemokratischen Wichblatt durch ein die Obrigkeit der Dorfgemeinden verhöhnendes Bild und mit Versen versehen, unter denen die Worte: „Die sächs'schen Schädel füllt Heu und Stroh, das könnte entzünden der Rosenow," besonders beleidigend sind. Ist schon an und für sich bei dem Auftreten der Führer der Sozialdemokratie, einer Partei, welche in dem Staate ihren geschworenen Feind und in seiner Vernichtung, in dem Umsturz aller staatlichen Verhältnisse ihr Parteiziel erblickt, polizeiliche Aufsicht notwendig, so ist dies um so mehr nötig bei einem Führer, dessen Aufenthalt in einer Anzahl Ortschaften als eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung angesehen wird. Den gewöhnlichen Versammlungen der hiesigen sozialdemokratischen Anhänger und den Reden auch auswärtiger Parteigenossen wird durchaus kein Hinderniß in den Weg gelegt. Der der Sozialdemokratie angehörige Teil der Arbeiter hat vollauf Gelegenheit, sich öffentlich über Politik auszusprechen und seine Interessen zu beraten und zu verfolgen. Es wird nicht, wie man jüngst im Reichstag verkündigte, „mit zweierlei Maß" gemessen. Die beleidigenden Artikel des Vorwärts gelegentlich des Verbots der Bebelfeier, daß man sich das Hirn zermartere nach neuen Mitteln, um der Sozialdemokratie eins auszuwischen, sie wenigstens zu quälen, da man sie nicht besiegen könne und sich an ihr zu rächen, so lange man noch das Heft in der Hand habe, entbehren jeglicher Berechtigung. Wenn wir aber die Ueberzeugung haben, daß die Person des Redners und das Thema des Vortrags mit Sicherheit erwarten läßt, daß das Auftreten nur den Zweck hat, Verhetzung zu stiften, durch Berufung auf die entstellte Vergangenheit die unverhüllt gezeigten staatsgefährdenden Zukunftsziele der Partei vorzubereiten, so wird die Berechtigung der Behörde als Vertreterin der öffentlichen Ordnung einzugreifen zur Pflicht, einen solchen Vortrag zu verbieten. Der Vortrag: „Thomas Münzer und die deutschen Bauernkriege" ist ein seit langer Zeit beliebtes Thema, um unter dem Vorwand der Verbreitung geschichtlicher Bildung aufreizend zu wirken.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände und besonders mit Rücksicht auf die Person des Referenten wird die Versammlung verboten.

Dr. Ebeling, Bürgermeister.

In diesem neuesten sächsischen Versammlungsverbot ist zunächst einmal nur ein einziger Grund vorhanden, der nach dem sächsischen Vereinsgesetz einem Redner das Sprechen unmöglich machen könnte und dies ist: die Bestrafung des Genossen Rosenow wegen Majestätsbeleidigung. Diese Bestrafung aber hat niemals stattgefunden; Genosse Rosenow ist unseres Wissens wegen „Berichtlichmachung von Staatseinrichtungen" bestraft, nicht wegen Majestätsbeleidigung. Damit fällt also der einzige Scheingrund zum Verbote dieser Versammlung auch noch fort. Alles übrige hat, außer dem Thema, nichts mit der Versammlung zu thun, sondern ist eine Art Rechtfertigung auf unsere Angriffe und diejenigen unserer Genossen im Reichstage.

Soziale Uebersicht

— **Dividendenschlucherei.** Nach reichlich bemessenen Abschreibungen verteilt die Leipziger Baumwollspinnerei an ihre Aktionäre für das vergangene Geschäftsjahr eine Dividende von 12½ Prozent. — Die sächsische Wollgarnfabrik vormals Tittel und Krüger verteilt eine Dividende von 12 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahre. — Die Wickäder Kupferbrauerei in Elberfeld verteilt 13 Prozent Dividende an ihre Aktionäre, die Porzellanfabrik Kahla 22 Prozent, die Kammgarnspinnerei Augsburg 11½ Prozent, die Leipziger Baumwollspinnerei 12½ Prozent, die Sächsische Wollgarnfabrik 12 Prozent. Wie mögen wohl angesichts dieser reichen Belohnung ihrer Entbehrungen die Herren Aktionäre behaglich schmunzeln und vergnüglich die Hände reibend denken: Es ist doch was schönes um die Zufriedenheit der Arbeiter.

— **Der Rückgang der Bevölkerung Frankreichs** gegenüber der Bevölkerung anderer Länder ist jenseits der Vogesen ein Gegenstand ernster Beunruhigung. Gelehrte Korporschaften und Staatsmänner beschäftigen sich mit der Frage und sinnen auf Maßregeln, welche geeignet wären, den Bevölkerungsrückgang zu verhindern. Neuerdings ist der Regierung ein positiver Vorschlag gemacht worden. Die nationale Allianz für die Vermehrung der französischen Bevölkerung will ihren Zweck durch acht Wünsche erfüllen, die sie der Regierung unterbreitet. Danach sollen die Freiplätze in den öffentlichen Schulen nur solchen Familien zu gute kommen, die mindestens drei lebende Kinder haben, Familien mit fünf oder mehr Kindern sollen zwei Freiplätze erhalten. Ferner sollen die Tabakbureaus an Väter von mindestens drei Kindern vergeben und kinderreiche Beamte bei Beförderungen bevorzugt werden, auch soll bei den Subaltern Beamten das Gehalt mit der Kinderzahl steigen. Schließlich wird vorgeschlagen, den vom Staate angestellten verheirateten Frauen ihr volles Gehalt auch dann auszuzahlen, wenn ihre Niederkunft ihnen die Arbeit unmöglich macht.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 1. Februar 1897.

Vorsitzender: Stadtv.-Vorsteher Dittenberger.

Neu eingegangen sind: 1. Eine Petition des wissenschaftlichen Lehrers Reußner an der Mittelschule um Regelung seiner Gehaltsverhältnisse. 2. Eine Vorlage des Magistrats, betreffend die Verwendung von Mitteln aus der 7 Millionen Anleihe. Die Vorlage wird teilweise wie folgt motiviert: durch Veräußerung von aus Kämmereimitteln erworbenen Grundstücken ist die Stadt in den Besitz beträchtlicher Hypothekenforderungen gekommen und mangelt es nun der Kämmerei an Betriebsfonds. Es wird daher vorgeschlagen, den Erlös von 208 000 Mk. aus Hafenbahnaktien hierfür zu verwenden. Für den außerordentlichen Bedarf beantragt der Magistrat die Ermächtigung, bei der Regierung den Antrag zu stellen, daß die in der Anleihe u. a. für die elektrische Zentrale und den Erweiterungsbau des Rathauses festgelegten 1 200 000 Mk. resp. 400 000 Mk. für andere Zwecke verwendet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970203-15/fragment/page=0005

werden dürfen. Da jedoch bis zur Entscheidung hierüber längere Zeit vergehen dürfte, so beantragt der Magistrat schließlich die Erhebung einer Anleihe bei hiesigen Bankiers. Die Einbringung einer Vorlage wegen Begebung eines weiteren Teiles der 7½ Millionen Anleihe behält sich Magistrat vor. — Diese Vorlage wird der F.-K. zur Vorberatung übertragen.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25. Januar ersucht der Stadtv. Friedrich den Vorsitzenden, den Bau-Etat erst der B.-K. und dann der F.-K. zur Vorberatung vorzulegen. Dies wird zugesagt.

Hierauf wird zur Beratung der Tagesordnung geschritten. Diese umfaßt 7 Punkte, von denen der 5. ausfällt. Der in die geschlossene Sitzung verwiesene Punkt 7 wird dadurch erledigt, daß der betr. bisherige Schiedsmann sein Amt weiterzuführen sich bereit erklärt hat. Die Sitzung schließt um 8 Uhr.

Punkt 1: Der Antrag auf **Errichtung von 12 neuen Assistentenstellen** wird abgelehnt nach zweistündiger eingehender Debatte, an welcher sich außer dem Referenten die Stadtverordneten H. Kyll und Otto, sowie die Bürgermeister v. Holly und Staude lebhaft für, die Stadtverordneten Friedrich, Pfaul, Albrecht, Brinkmann, Schmidt, Welsch und Kohlschütter mehr oder weniger bestimmt gegen die Vorlage aussprachen. — Es war eine gemischte Kommission eingesetzt zur Beratung der Frage:

wie eine Verminderung der Arbeitshilfe in den einzelnen Bureaus und eine Herabsetzung der Verwaltungskosten im allgemeinen herbeigeführt werden kann.

Der Magistrat hatte den einzelnen Mitgliedern die weitestgehende Befugnis zur Ermittelung der Arbeitskräften der einzelnen Bureaubeamten gewährt. Es haben nun Versuche seitens mehrerer Kommissionsmitglieder der Versammlung durch persönliche Beteiligung während der Dienstzeit stattgefunden, die Arbeitsleistungen der Beamten zu schätzen. Es berichtet hierüber eingehender nur Stadtv. Otto, der zu dem Resultat kommt, welches auch von der Kommission geteilt wird, daß es sich empfehle, an Stelle der Hilfsarbeiter Assistenten anzustellen. Der Magistrat beantragt nun, zu beschließen,

daß in den Haushaltsplan pro 1897/98 zwölf neue Assistentenstellen mit einem Anfangsgehalt von je 1500 M., gegen Wegfall von 12000 M. an Hilfsarbeiterlöhnen, eingestellt werden.

Der Referent teilt mit, daß der Zerrissenheit der Amtsthätigkeit durch das Verstreutsein der Bureaus in verschiedenen Gebäuden ein wesentlicher Teil der Schuld an der Verteuerung der Verwaltungskosten beizumessen sei und daß die gemischte Kommission sich aus dem Grunde für den Abbruch der städtischen Gebäude in der Rathausgasse (Landwehrzeughaus und Nr. 17—19) und für die Errichtung eines zweckmäßigen einheitlichen Amtsgebäudes ausgesprochen habe. Die Kommission habe sich für Bewilligung von 10 Assistentenstellen entschieden. Sie stellt den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, wegen Verminderung des Schreibwerks bei der Steuererhebung Ermittelungen bei anderen Kommunalverwaltungen anzustellen. — Bürgermeister v. Holly erklärt den Magistratsantrag für einen erfolgreichen, da von 12 neuen Stellen nur zwei gestrichen seien. Er meint aber, die 11. Stelle noch erhalten zu müssen und zwar für das Einwohnermeldeamt, das durchaus nicht die Arbeiten leiste, die von ihm verlangt werden müßten. Die Oktoberumzüge müßten in ganz kurzer Zeit schon festgestellt sein, während dies jetzt nach Monaten erst geschehe. Den diesem Bureau bisher vorstehenden Beamten soll an anderer Stelle Gelegenheit zur Bethätigung gegeben werden, während für die Leitung dieses Bureaus eine andere Kraft bereits zur Verfügung stehe. — Stadtv. Friedrich ist für Einführung einer Kontrolle der Thätigkeit der Beamten. Er bemängelt die seit der Amtsthätigkeit des Oberbürgermeisters eingeführte Gepflogenheit, daß die Beamten während der Sommerzeit abwechselnd einen Nachmittag frei erhielten und beantragt: Falls die 10 Assistentenstellen bewilligt würden, möge die Verteilung auf die verschiedenen Aemter dem Magistrat überlassen bleiben. — Oberbürgermeister Staude acceptiert diesen Vorschlag. Was die von Fr. gerügte Kontrolle anlange, so geschehe darin schon das Möglichste. Betreffs der Freigabe von Sommernachmittagen soll eine Enquete veranlaßt werden über den Usus in anderen Städten. Bezüglich der Kosten der Verwaltung und des Schreibwerks werde behauptet, daß wir an erster Stelle ständen; besonders sei hingewiesen worden auf Dresden. Durch den Verwaltungsbericht von hier ist aber das Gegenteil nachgewiesen. — Stadtv. Pfaul spricht gegen die 10 Assistentenstellen und beantragt, vom Magistrat einen genauen Nachweis über die Verwaltung der einzelnen Ressorts zu verlangen. — Bürgermeister v. Holly spricht gegen die Hilfsarbeiter. — Stadtv. Albrecht giebt ein drastisches Beispiel von dem umständlichen Bureaukratismus in der Polizeiverwaltung. Es sei ihm wiederholt passiert, daß Versammlungen, die kurzer Hand bescheinigt werden mußten, erst durch 6 oder mehr Hände gehen mußten, aus einem Bureau ins andere, Treppe auf Treppe ab wanderten, ehe er sie endlich erhielt. Anderweit werde das von einem Beamten erledigt. Er wundere sich, daß unter solchen Verhältnissen nicht statt der 12 gleich 36 Assistenten verlangt worden sind. Die würden eventuell auch bewilligt worden sein, denn der Bewilligungsbazillus scheint bei Ihnen epidemisch zu sein, wie Sie das erst kürzlich hier bewiesen haben. — Stadtv. Brinkmann hält dem Bürgermeister v. Holly vor, daß er die Arbeit im Einwohnermeldeamt so darstelle, als ob dort alle auf dem Kopfe ständen vor Ueberbürdung und doch sei dort Zeit genug gewesen für den Adreßbuchunternehmer Kutschbach Privatarbeiten auszuführen. — Bürgermeister v. Holly möchte, daß endlich das Wiedervorwerfen dieser im Interesse der Gemeinheit erfolgten Revision der Listen aufhöre. Bezüglich der Ausführungen Albrechts erklärt Redner, daß für gewöhnlich solcher Zopf nicht stattfindet; es macht sich eine Verzögerung durch die erforderlichen Umfragen nötig, wenn in der Anmeldung von Versammlungen ausländische Redner benannt sind, gegen die eventuell Bedenken gemeldet sind. — Stadtv. Schmidt beantragt für den Fall der Bewilligung von Assistentenstellen: für jede bewilligte Assistentenstelle 2 Hilfsarbeiterstellen zu streichen. — Stadtv. Welsch meint mit Diätaren weiter zu kommen als mit fest Angestellten. Was thun denn die Handlungsgehilfen, die sich nicht auf Lebenszeit angestellt und müssen auch ihre Schuldigkeit thun, wenn sie nicht entlassen werden wollen. Er habe von der Kommission erwartet, daß sie mit den Bureauvorstehern über das Wie der Vereinfachung des Schreibwesens u. s. w. sich beraten würde. Er sei gegen die zehn Stellen. Durch Beschäftigung von Diätaren wird der Erwerbskreis erweitert. Es sei nicht zu empfehlen, daß wie es thatsächlich geschehe, Beamte auch noch zu Hause arbeiten. — Stadtv. Kohlschütter beantragt: den Magistrat zu beauftragen, Bedacht zu nehmen auf eine fortschreitende Vereinfachung der schriftlichen Arbeiten. — Stadtv. Albrecht erwidert dem Bürgermeister v. Holly, daß seit 1890 kein Sozialistengesetz mehr bestehe, nach dem geltenden Gesetz aber ist es nicht zulässig, solche Ausnahmen zu machen, wie der Bürgermeister hier erklärt habe. Er habe noch in neuester Zeit solche Erfahrungen, wie von ihm geschildert, hier gemacht bei Versammlungsanmeldungen, bei denen es sich nicht um Ausländer handelte. — Es wird über die 10 Assistentenstellen einzeln abgestimmt. Nachdem 4 Stellen abgelehnt waren, wird die Richtigkeit der Abstimmung bezweifelt und will der Vorsitzende eine nochmalige Abstimmung vornehmen lassen. — Stadtverordn. Albrecht protestiert hiergegen, da er genau gezählt und entschiedene Majorität konstatiere für Ablehnung. Es werden alsdann die übrigen 6 Stellen auch abgelehnt. — Angenommen werden die Anträge der Finanzkommission und der Stadtv. Kohlschütter und Pfaul. Die Anträge Schmidt und Friedrich werden abgelehnt.

Punkt 2: **Ausbau der Strafen um die Blinden- und Taubstummen-Anstalt.** Zum provisorischen Ausbau der Beesenerstraße werden statt der beantragten 17650 Mark nur 14900 M. aus der Anleihe bewilligt. Die Pflasterung soll mit Kopfsteinen, statt mit Reihensteinen erfolgen und soll es dem Belieben der Stadt anheimgestellt sein, zu welcher Zeit eine Umpflasterung mit Reihensteinen vorgenommen werden soll. Die für Herstellung von Baumlöchern und Pflanzung von Alleebäumen in der Beesener- u. a. Straßen beantragten 4000 M werden gestrichen. Auf Antrag der Finanzkommission werden dagegen 540 Mark aus dem Dispositionsfond bewilligt zu Baumpflanzungen in der Bismarck- und in der Hohenzollernstraße. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Strecken der Straßen M des südlichen Bebauungsplanes, der Lutherstraße und der Beesenerstraße, so weit sie an die Provinz.-Taubstummen- und Blinden-Anstalt angrenzen, auf Kosten der Provinz alsbald ausgebaut werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf annähernd 75000 M. Ref. der Bau-Kommission Stadtv. Hildebrandt, der Finanz-Kommission Stadtv. Billing.

Punkt 3: **Der Haushaltsplan der Riedel-Stiftung** pro 1897/98 wird in Einnahme und Ausgabe auf 80275 M. festgesetzt. Mehreingestellte 1200 M. für Beschaffung von Garten-Instrumenten und dergleichen wurden gestrichen, weil im Etat laufend eingestellte 2000 M. für ausreichend erachtet wurden. Stadtv. Brinkmann beantragt die für Heizungsmaterial und Petroleum eingestellten Posten um je 1000 M. zu kürzen (statt 2700 für letzteres nur 1700 Mark zu bewilligen). Der Referent Stadtv. Hüllmann sowie der Stadtv. Bethke traten für Bewilligung der verlangten Beträge ein; letzterer aus dem Grunde, weil es Aufgabe des Stifts sei, den Insassen das Leben so angenehm wie möglich zu gestalten. Der von Br. angezogene Vergleich mit dem Hospital vom Stadtv. Schmidt unterstützt, wurde vom Stadtv. Bethke und Stadtrat Weller als nicht zutreffend bezeichnet. Letzterer wies auf das Regulativ für die Stiftung hin, laut welcher den Insassen eine bessere Lebenshaltung als im Hospital garantiert sei. Stadtv. Schmidt hatte die Insassen beider Stifte als gleichwertig bezeichnet und erwähnt, daß die Hospitalisten bedeutend höhere Beträge einzahlen, als die Riedelstifts-Insassen (Letztere zahlen bei höchstem Komfort und Einzelwohnung nur 600 M. ein, während die Hospitalisten das Doppelte und mehr noch einzahlen müssen bei einfachster Unterkunft von je zwei Personen in einem Zimmer, ohne Beleuchtung nach Belieben).

Punkt 4: **Anstausch von Land** an der Scharrenstraße bezw. alten Promenade. Die am 28. September 1896 abgelehnte Vorlage, betreffend die Abtretung des Terrains der alten Stadtmauer vor dem Hause Scharrenstraße 9 an den Zimmermeister Loest wird jetzt genehmigt, da nach erfolgter Entscheidung des Bezirksausschusses die in Aussicht genommene gänzliche Beseitigung des betreffenden Häuserblocks vereitelt ist. Loest hat nunmehr: 1. Zur Scharrenstraße 11.55 Quadratmeter abzutreten, 2. die an ihn abgetretenen 12.9 Quadratmeter Stadtmauer mit 25 Pfennigen pro Kubikmeter zu bezahlen, 3. die für die projektierten Gebäude erforderliche Fassade und die Farbe der Verblendsteine bei einem event. Neubau der Genehmigung des Magistrats zu unterbreiten. Dagegen behält L. die Berechtigung, Fenster nach der Promenade anzulegen. Das Gebäude darf nur Keller, Erdgeschoß und Obergeschoß nebst Mansarde erhalten. Die Stadt behält sich vor, an dem Hause Gartenanlagen zu machen. Ref. Stadtv. Hildebrandt.

Punkt 6: Die **Petition Möbius,** vorläufige Belassung in seinem an die Stadt verkauften Hause (Zapfenstraße) betreffend, wird auf Antrag des Vorsitzenden dem Magistrat zur Erwägung übergeben. Der Ref. der Pet.-Komm. Stadtv. Steinhauf hatte Uebergang zur Tagesordnung empfohlen, da nach Ausführung des Stadtbaurats dort an der Ecke der Olearius-Straße endlich einmal mit der Bebauung des Terrains begonnen werden müßte, aus Rücksicht auf die städtischen Interessen.

Versammlungsberichte.

† **Tischler Versammlung.** Am Sonnabend tagte in der „Moritzburg" eine gutbesuchte öffentliche Tischlerversammlung in der Kollege Mohs-Leipzig über das Thema: „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Mittel zur Erkämpfung des Achtstundentages" referierte. Redner verstand es, in vortrefflicher Weise den Anwesenden ein klares Bild zu entrollen über die Verwirklichung des Achtstundentages. Dazu gehöre mehr als bisher von den Gewerkschaften geschehen sei. Redner meinte, das bis jetzt Theoretische müßte mehr in das Praktische umgesetzt werden. Das kann aber nur durch eine stramme Organisation hergestellt werden. Hierbei leuchtete der Referent den Anwesenden sehr ernst ins Gewissen und führte an, es wären eine Unmasse von Kollegen, die schon einer Organisation angehört hätten, da sie aber durch ihren wöchentlichen Beitrag von 15 Pfennigen einen sofortigen Nutzen nicht einheimsen konnten, kehrten sie derselben sofort wieder den Rücken. Hierbei wäre zu sehen, wie weit zurück die Zielbewußtheit der deutschen Arbeiterschaft noch ist; das erinnere so recht an den deutschen Michel, der sich noch nicht seine ins über die Ohren sitzende Schlafmütze entfernen könne. Es müßte nun endlich anders werden. Es muß aber auch nicht übers Ziel hinausgeschossen werden. Mit reiflicher Ueberlegung sollen die Forderungen vorgenommen werden und bei Verkürzung der Arbeitszeit sei anzufangen nicht gleich mit 9 und 8 Stunden, sondern erst mit Beseitigung sämtlicher Ueberstunden. Auch dann sei mit aller Strenge darüber zu wachen. Durch eine Reihe von Beispielen führte Redner die In- und Auslands-Gewerkschaften an, die schon mehr oder weniger den 9- und 8stündigen Arbeitstag haben, aber abstrakt durchgeführt ist er noch nie, sondern er stehe nur auf dem Papier, hierin liege der Krebsschaden. Im Durchschnitt existiere in Deutschland die 10stündige Arbeitszeit. Aber wie würde diese eingehalten? Wenig und gar nicht! Darum klein anfangen und an dem Erkämpften streng festhalten, dann von Stufe zu Stufe weiter zu gehen bis zum Achtstundentage und noch weniger. Vom Gesetz sei vorläufig nichts zu erwarten. Leider ist noch die Thatsache festzustellen, daß gewöhnlich die älteren Arbeiter mit in den vorderen Reihen des Kampfes stehen und dadurch den Kapitalisten lästig werden; das Kapital habe schon längst erkannt, daß wenn erst die Arbeiterschaft von Kopf bis zur Sohle klardenkend geworden ist, daß es dann auch mit ihm aus ist. Mit einem kräftigen Appell an die hallschen Tischler schloß Redner seinen hoffentlich im Gedächtnis bleibenden, mit Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus. — Zum zweiten Punkt, die geplanten Forderungen in diesem Jahre, erstattete die Lohnkommission Bericht über ihre Thätigkeit. Hierbei wurde ihr vorgeworfen, daß sie hätte besser arbeiten können; hierdurch entstanden Meinungsverschiedenheiten. Durch die vorgerückte Zeit konnte der letzte Punkt der Tagesordnung keine Erledigung finden. Es wurde ein Antrag angenommen, die Verhandlung zu vertagen. — Hierauf Schluß der Versammlung. An dieser Stelle sei schon jetzt auf die nächste Versammlung hingewiesen, daß dieselbe nicht bloß so gut besucht ist wie diese, sondern noch bedeutend besser. Kollegen, stoßen Sie sich nicht an hitzigen Debatten, die manchmal notwendig sind. Darum auf, Kollegen, agitiert schon jetzt auf die zukünftige Versammlung!

† **Der Naturheilverein in Giebichenstein** hielt Sonnabend den 23. Januar die Fortsetzung seiner ordentlichen Generalversammlung ab. Der 1. Punkt der Tagesordnung lautete: Statutenänderung. Antrag 1: Abänderung des § 7, welcher lauten soll: Der Ausschluß eines Mitgliedes u. s. w. wurde einstimmig abgelehnt; Antrag 2: Im § 3 soll der Satz, welcher lautet: wer im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist u. s. w. weggelassen werden. Dies wurde einstimmig angenommen. Antrag 3: Im § 5 Absatz 5 zu streichen wurde abgelehnt. — Im 2. Punkt, Wahl eines Bibliothekars, wurde Herr Springer-Giebichenstein einstimmig gewählt.

Bei der Wahl eines Ausschusses von 3 Mitgliedern wurden Frau Moritz, Frau Kiesler und Herr Wiebach gewählt.

Im letzten Punkt der Tagesordnung Verschiedenes führte Herr Albrecht aus, daß Herr Dr. Kästner, Wächter der Schluricischen Badeanstalt, einen Vortrag im hiesigen Verein gehalten hat, wofür Herr Dr. Kästner 18 Mk. beansprucht. Auf die Ausführungen des Herrn Albrecht hin, daß die Summe etwas zu verringern, da der Verein durch Anschaffung einer Badeanstalt nicht so günstig dastehe, gab Herr Kästner zur Antwort, er würde den Klageweg beschreiten, wenn er das Geld nicht erhalte, worauf denn auch Herr Dr. Kästner seine Drohung wahr machte, so daß Herr Albrecht dieser Tage eine Vorladung zum Termin am 29. d. Mts. bekam.

Im weiteren wurden von Herrn Albrecht die hohen Verdienste des früheren Vorsitzenden, Herrn Fengler-Halle, erörtert und der Antrag gestellt, unsern Papa Fengler zum Ehrenmitglied zu ernennen, was auch einstimmig angenommen wurde.

Hierauf wurde Herr Mettin-Giebichenstein zum männlichen Bademeister gewählt. — Schluß der Versammlung 12 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal

Strafkammer.

Halle, 29. Januar.

Um Aufreizung, Körperverletzung und Beleidigung handelte es sich in der Sache des Mechanikers Ernst Friedrich von hier, bisher unbestraft, 21 Jahre alt, des Arbeiters Otto Burkhard, von hier, vorbestraft mit einem Beweise, 21 Jahre alt, und des Former Richard Lehmann von hier, geboren in Wurzen, vorbestraft u. a. auch wegen Sittlichkeitsverbrechens mit 1 Jahr Zuchthaus, welche Strafe er gegenwärtig verbüßt, 27 Jahre alt. Die Anklage stützte sich auf einen Vorgang, der sich in der Nacht vom 26. Juli d. J. auf der Lessing- und Wilhelmstraße abgespielt hatte, gelegentlich dessen der Referendar Gerth von Friedrich und Burkhardt mittels eines Stockes bezw. Hausschlüssels gemeinschaftlich mißhandelt sein soll und Lehmann vor Faulmanns Restaurant eine Menschenmenge zu Gewaltthätigkeiten aufgereizt haben soll, durch die Aufforderung, die Studenten zu verhauen. Nach Friedrichs Angabe habe der ihnen in der Lessingstraße begegnende Student mit einem Stocke in der Luft herumgefuchtelt und seinen, F.s, Hut getroffen, was er sich verbeten, worauf der Student frug: „Wer sind Sie denn?" „Theologen" habe Burkhardt aus Spaß gesagt, und dann die Antwort bekommen: „Ihr wäret mir schöne Theologen!" Friedrich will darauf dem Gerth einen Schlag mit der Hand gegeben haben und dann mit B. fortgelaufen sein. In der Wilhelmstraße sei der Student ihnen nachgekommen und habe zuerst mit dem Stock auf Burkhardt gehauen, worauf Friedrich dem Schlagenden den Stock weggenommen habe. Der Angeklagte Burkhardt giebt zu, nachdem er mit dem Stocke geschlagen worden, einmal mit dem Schlüssel geschlagen zu haben. Dann sei er wieder ausgerissen und bis an Faulmanns Restaurant gelaufen. Mehrere Personen waren den Angeklagten nachgelaufen und einige kamen aus dem Lokal heraus, darunter auch Lehmann, der dann, als Friedrich und Burkhardt durch 2 Polizeisergeanten festgenommen waren, die Aeußerung gethan haben soll: „Haut doch den Kerl in die F. . . . .! Die ganzen Studenten müssen verhauen werden, feste müssen sie was kriegen. Die anderen nehmen sie mit, und den lassen sie laufen." Durch diese Aeußerung fühlt sich ein Sergeant, der bei der Arretur zugegen gewesen, beleidigt. Burkhardt behauptet, der Referendar sei angetrunken gewesen und habe sie „Lümmels" geschimpft. Lehmann erklärt nicht zu wissen, was er bei jenem Vorgange geäußert, da er angetrunken gewesen. Der 26jährige Referendar Gerth, der einige Tage vor dem Examen sein Examen gemacht hatte, meint, die beiden Angeklagten hätten, als sie ihm begegneten, verächtlich mit einander gesprochen, was er auf sich gerichtet wähnte. Es mag sein daß er aus Versehen den einen mit dem Stocke an den Hut getroffen habe. Einer habe ihn angerempelt und gefragt, wie er dazu komme ihn zu schlagen, worauf er entgegnet habe: „Das ist mir nicht eingefallen." Er sei an mehreren Stellen zu Boden geschlagen und rüchtig verprügelt worden, er habe die Angeklagten nur abwehren wollen, daß er sie angegriffen habe, sei kaum denkbar. Nachgelaufen sei er den Angeklagten, um sie durch die Hilfe der Polizei festnehmen zu lassen. Nach den Verletzungen habe er geblutet und sich dann in der Klinik mehrere 2—3 Zentimeter lange, bis auf die Knochenhaut gehende Wunden verbinden lassen. In ärztlicher Behandlung befunden habe er sich 8 Tage. Der Staatsanwalt beantragte gegen Friedrich und Burkhardt wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge je 3 Monat Gefängnis und gegen Lehmann wegen der Gefährlichkeit der Aufreizung 1 Jahr Gefängnis, welche Strafe zu 8 Monaten Zuchthaus und zu einer Zusatzstrafe von 6 Monaten Zuchthaus umzuwandeln sei. Der Gerichtshof erkannte gegen Friedrich und Burkhardt dem Strafantrage gemäß und gegen Lehmann, der sich beteiligt habe bei einer Sache, die ihn gar nichts anging, wegen Vergehen gegen § 111 des Str.-Ges.-B. in Verbindung mit Beleidigung auf eine Zuchthaus-Zusatzstrafe von 2 Monaten.

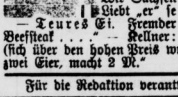
Hohe Strafe erhielt die unverehel. Dienstmagd Minna Engler von hier, geb. in Gruna bei Eilenburg, 38 Jahre alt. Die wielfach wegen Diebstahls und Betrugs mit schon über 8 Jahren Zuchthaus vorbestrafte, wiederholt der Sittenpolizei in die Hände gefallene Angeklagte, hatte sich heute wieder wegen Rückfalldiebstahls zu verantworten, weil sie am 23. November v. J. hier in Halle bei einer Frau Kloß, wo sie in Stelle war, dem Dienstmädchen Fehse aus einem Schranke auf dem Boden 2 Moirerröcke und 1 Jackett, 17.50 M. wert, und außerdem der Frau Kloß 53 Mark Bargeld, ein Kleid, 15 M. wert, einen Unterrock, 3.50 M. wert, und eine goldene Brosche 10 M. wert, entwendet haben sollte. Die Angeklagte war geständig, wodurch sich die Beweisaufnahme erübrigte. Beantragt wurde eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren mit Nebenstrafen und erkannt auf 4 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Litteratur.

„Soziale Praxis, Zentralblatt für Sozialpolitik" enthält in ihrer neuesten Nr. 18 folgenden leitenden Aufsatz: Gesindemärkte. — Von Dr. jur. M. Quarck. — Die Allgemeine Sozial- und Wirtschaftspolitik: Interkantonaler Verband für Naturalverpflegung armer Reisender in der Schweiz. — Zentralisation der öffentlichen Arbeitsvermittelung in Baiern. — Programm der Sozialpolitiker für die Reichstags-Wahlen in Oestreich. — Bekämpfung sozialer Bestrebungen in Deutschland. — Maßregeln gegen die Sozialdemokratie in Italien. — Preisaufgaben der Rudenow Stiftung in Greifswald. — Kommunale Sozialpolitik: Völlige Sonntagsruhe im Großhandel — Ortsstatut in Fürth. — Kommunale Markthallen mit amtlichen Engros Verkäufern in Budapest. — Gasholzit in Magdeburg. — Städtische Notstandsarbeiten — Hausbesitzer Prozesse wegen Gemeindeabgaben. — Ausführung des preußischen Kommunalabgaben Gesetzes. — Badischer Städtetag. — Finanzen: Preußische Einkommen- und Vermögenssteuer Statistik 1895/96 und 1896/97. — Werkfor: Die Tarifpolitik der französischen Eisenbahnen — Von Eisenbahndirektor O de Terra. — Arbeiterbewegung: Zentralorganisation und Arbeitsverhältnisse deutscher Eisenbahn-Arbeiter. — 1. Kongreß deutscher Schriftgießer Gehilfen. — Gewerkverein englischer Krankenpflegerinnen. — Arbeiterschutz- und Gewerbeinspektion: Internationales Bureau für Arbeiterschutz. Scheitern der schweizerischen Pläne. — Eintreten italienischer Baumwoll-Industrieller für Abschaffung der Nachtarbeit. — Lohnzahlung und Bußenwesen in haftpflichtigen Unternehmungen der Schweiz. — Versicherung. Sparkassen: Verein für Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in Köln. — Ergebnisse des Sparvereins für Konfirmanden in Braunschweig. — Armenpflege: Die Armenstatistik der deutschen Großstädte 1896. Von Dr. H. Rettich. — Wohnungswesen: Herzliche Wohnungs Inspektoren in Mainz. — Vorschläge zu Gesetzentwürfen gegen den Bauschwindel in Preußen. — Gutachten der Hamburger Gewerbekammer über den Bauschwindel. — Erziehung. Schule. Volksbildung: Statistik europäischer Krüppelheime. — Zusammenarbeiten der Landes und Volksbibliothek in Graz. — Litterarische Neu-Erscheinungen.

Heiteres.

— Segen der Bildung. Junge Hausfrau (ihr Dienstmädchen scheltend): „. . . . Sie faule, schmutzige, frecke Person! . . Wissen Sie, wenn ich nicht vier Jahre in der Pension gewesen wäre, dann würde ich noch ganz andere Ausdrücke gebrauchen!"



Aus einem Stammbuch.

Wir Sachsen lieben Worte:
Es liebt „er" sie nicht, so liebt sie „sie". E. H.

— Teures Ei. Fremder: „Kellner, ich möchte bezahlen, ein Beefsteak . . . ." Kellner: „Macht 1 M. 80 Pf." — Fremder (sich über den hohen Preis wundernd): „Ei, ei!" — Kellner: „Und zwei Eier, macht 2 M."

Für die Redaktion verantwortlich L. Salomon in Halle.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. m. b. H.), Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970203-15/fragment/page=0006